

21. V. 1929

Jahrgang IX Nr. 10

2. Maiheft 1929

Der Heimatdienst

Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimatdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Leo Weismantel, Sie roben in allen Zeugen; Dr. Georg Mertens, Wohnung und Wirthschaft; Robert Breuer, Der neue Vorstandsfest „Bremen“; Dr. Hans Müller, Bremen als Wirtschaft; Dr. N. von Ungern-Sternberg, Zur Lage in Sonderhausen; Begegnungsschiff „Ostpreußen“. Zum Tode Gustav Lichtenhans; Ernst Hirschbach, stadt. Jur., Jugend und Politik.

In Kommission:
Zentralverlag S.m. u.D. Berlin W 35
Halbjährlich 2,50 Mark / Jährlich 5,- Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



Der Roland von Bremen

Sie redeten in allen Zungen.

Ein Pfingstbrief an Unbekannte / Von Leo Weismantel.

Wo fahren Sie zu Pfingsten hin, — ich meine, in welches Land, welche Stadt? Dürfte ich Sie beleiten! Ich weiß nicht, wohin ich hin soll; die Erde ist mir fremd an solchen Tagen. Ich will Ihnen freizeiten warum. Ein Fest zu feiern bedarf eines Sinns. Das macht eine Hochzeit noch vor allen Feste zu einem Wunder, daß eine Begegnung in einem heiligen Lebensgarten für zwei Menschen so klar und eindeutig vor uns steht. Was ist da Weltmacht, Ostern und Pfingsten, — legte Sinnlichkeit der Christlichkeit in einer Welt und Zeit, die auch von jenen Menschen begangen, die dem Evangelium dieser Tage und Jahr nicht verbunden sind. Da sind die Feiße wie Papierblumen, die rascheln, aber nicht an Stengeln, nicht an Städtchen wachsen. Diese Feiße sind nicht wie lebende Wesenheiten — weil sie ja „Feiße des bürgerlichen Kalenders“ geworden sind, mit Ausflügen und allerlei enttäuschender Ausflücht. Das Altschönheit ein Pfingsten feiern, macht auch den Christen dies Fest däur und schenkt; der Zivilisatorische zerstört die Kultur des Glaubens.

Wir müssen nach einem Sinn unserer Feiße suchen, beiden und Christen, — glauben Sie mir, auch Sie, die Sie an jene Botschaft nicht glauben:

— wie doch klich die Botschaft?

Doch ein dreikönig Gott, Gott Vater, Sohn und Geist das Schäfhal trug, daß der Sohn zur Erde niederkieg, auf der die Menschen lebten, daß der Sohn für die Menschen und die Erde, die der Vater gebildet hatte und die verloren waren, in den grausamen Tod ging, — von den Toten aber auftauch, zum Himmel aufzuste und den Geist, die dritte Person, niedersandte, — die Taube —

sie kam in Gestalt heuriger Flammen.

Wir kennen solche Wunder — kennen wir sie? — daß Feuer Holz anfällt, aber dies Holz nicht zu Asche verbrennt, sondern Holz in Blasen wandelt! — daß Feuer aus die Erde fällt, und aus Steinen Gras und Blumen treibt, Tier und Mensch. Von diesem „Geiste“, der die Erde erzeugt und die in ein Leben zeugt, wissen wir alle. An ihn glauben wir alle, welchen Glaubens wir sonst auch seien. Sein Walten ist auch Natur.

Aber jenes Feuer, das am Pfingsttage vor schier zweitausend Jahren zum Himmel gefallen ist, nach dem Glauben der Christen, machte eine Gruppe von Menschen zu einer „Kirche“. Hier wuchs die Kirche. Und die Menschen redeten in allen Zungen.

Darum ist Pfingsten das Fest der Sprache. Denn Kirche wächst sichtbar und unsichtbar. Nur über die „Unsichtbare“ verfügen wir in einer Zaubsprache einzutreten über alle Konfessionen, aus allen Konfessionen, mit allen Konfessionen.

Doch wir als deutsches Volk sein Pfingsten haben im Sinne der christlichen Bekennnis, im Sinne sichtbarer Kirche, ist ein Schäfhal, das sich unserem Zugriff verwehrt.

Das ist Ungnade —

Denn wo jene letzte Glaubenseinheit da ist, sei sie es in der Ehe oder in einem Volk, — sie ist letztes deliktestes Geheimnis, das wir uns anderer nicht abfordern können. Aber ein Unglück ist es, wenn zwölf Menschen, Einzelmenschen und Volksgliedern, die Sprache abreißt. Das will mir als die Pfingstaufgabe des heutigen Deutschlands erscheinen, daß die voreinander summi gewordene Brüder und Schwestern die Hürden ihrer Parteien verlassen, daß sie verschmelzen und des Feuers erhabend werden, das vom Himmel fällt, sie in eine höhere Einheit zu verschmelzen.

Was soll das heißen?

Die Christen glauben an eine dritte Person in der Gottheit, sie heißt „der heilige Geist“. Und was „Geist“ am Menschen ist, ist von diesem Geiste; was Feuer am Menschen ist, das ist von diesem Feuer. Darum ist der Christ nach seinem Glauben nur „lebendiges Wasser“, wenn er von diesem allgemeinen Feuer des Gottes sich ergreifen läßt.

Aber neben dem Geist lebt Scheingeist. Scheingeist kommt nicht vom „heiligen Geiste“, der dritten Person in der Gottheit, sondern: Scheingeist ist die „geistige“ Äußerung des Menschen, kraft „eigener“ menschlicher Geistigkeit. Es ist die Loslösung des Menschlichen vom Göttlichen.

So ist „Absonderung“ die Ursache und Folge. Auch den Nichtchristen ist jenes christliche Dogma oder jene christliche Glaubenslehre, die hinter dem Pfingstfest steht, nicht erkennen und nicht anerkennen, — uns allen, Nichtchristen und Christen, ist es aufgetragen: Scheingeist und Geist zu scheiden.

Der Scheingeist ist ätzende Salzsäure des Verstandes, Scheingeist zerstört, Scheingeist reißt die Sprache ab, häxt, vernichtet, er ist tödende, nicht schöpferische Kritik, „schöpferische“ Kritik aber, die des Geistes ist, des heiligen Geistes, sie liebt, sie debat die Sprache an, sie umarmt, sie lädt die Kästel, sie ist es, die das Reich Gottes vom Himmel auf die Erde niederschlägt.

Das ist der Sinn des Pfingstfestes und des Geistes des Sprachwunders für unser heutiges deutsche Volk, daß wir dem Reiche des Scheingeistes, der vergessenen Kritik von Leder zu Leder entfliegen und aufbrechen zur großen Pfingstfahrt in das Land des Geistes, das dort liegt, wo die Menschen sich liebend fühlen; im Wort der Frage, der Wegweisung, der Hilfe, in Ehe, Bruderschaft, Gemeinde und Parlament.

Wo heute ein Katholik oder Evangelischer oder Freigeister oder Sozialist mit dem „Unterschlügler“ eine Sprache anhat mit alter Liebe, nicht charakterlos sich fortzuwerfen, sondern mit dem andern um die Findung leichter Wahrheit zu ringen, — jene Wahrheit, der man kein Leben zu unterwerfen bereit ist, — dort ist Pfingsten. Und über dem Volke derer, die so suchen, beginnen die Winde des Himmels zu treiben. Alles andere ist totes Volk.

Währung und Wirtschaft.

Von Dr. Georg Mettern.

Die Reichsmarkwährung hat im April die härteste Probe, auf die sie bisher gestellt wurde, bestanden. Die Angriffe, welche Panik, Spekulation und Politik gewisser ausländischer Stellen gegen sie richteten, sind abgesprungen, die Währung ist intakt, und nur die Spekulanten und Deutschenkämper haben einige Beulen aus dem Kampfe hingetragen, die ihnen von Herzen zu gönnen sind. Die Verluste, die sie dadurch erlitten haben, daß sie Dollar oder Pfund Sterling zu überhöhten Kursen gekauft haben und nun wieder bei normalen Kursen verkaufen müssen, sind ein drastischer Anschauungsunterricht gewesen, dessen erzieherischer Wert nicht zu unterschätzen ist.

Nachdem der Sturm ausgetobt und die Börse ihre Nerven wiederergewonnen hat, ist es angezeigt, die Vorgänge, die sich in den beiden letzten Aprilwochen abspielten, einmal etwas näher unter die Lupe zu nehmen, um klarheit darüber zu gewinnen, mit welchen Gefahren wir rechnen müssen. Wir wollen dabei, um kein Missverständnis aufkommen zu lassen, das Ergebnis der folgenden Betrachtung an die Spalte stellen: Eine Gefahr für die Währung hat keinen Augenblick bestanden und wird auch in Zukunft niemals zu befürchten sein. Die Reichsmark ist eine sicherfunderte, stabile

Währung, der Spekulationsmanöver, Panik und ähnliches so wenig etwas andeben können, wie ein Sturm einem modernen Ozeanreisen, wenn er richtig gesteuert wird.

Freilich werden in Zeiten besonderer Erregung oder bei Spannungsercheinungen auf den internationalen Geldmärkten die minimalen Schwankungen des Außenkurses der Mark, die überhaupt möglich sind, etwas deutlicher in Erfahrung treten, weil alle Welt gebannt auf den Dollar- oder Pfundkurs stiert; dabei ist es auch nicht verwunderlich, daß gelegentlich Inflationsphänomene hervortreten, denn dem ganzen Volke sitzt die bittere Erfahrung der Inflationszeit noch in den Knochen, und es reagiert auf Erscheinungen, die auch nur entfernt an Vorgänge jener Zeit zu erinnern scheinen, überempfindlich. Die Leute übersehen dabei allerdings vollständig, daß die vorübergehende Stolzierung der Deutschen, die ihnen ihre Zeitung in Gedruckt wie ehemals vor Augen führt, nur Bruchteil eines Prognos betragt und im regulären Börsenverkehr niemals die Grenze überschreitet, innerhalb deren eine gesunde und stabile Währung sich bewegen darf, nämlich die Grenzen der Goldpunkte. Hierunter versteht man definitiv den unteren oder oberen Kurs einer Währung, bei dessen Erreichung Gold

Der Heimatdienst

infolge der internationalen Goldabflüsse abfällt oder zulässt. Diese Punkte liegen beispielsweise beim Pfund Sterling beim Kurs von 20,34 als unterem und 20,49 als oberem Goldpunkt: fällt das Pfund Sterling auf 20,34, so wird es vorstehend Gold von England nach Deutschland zu bringen, steigt der Pfundkurs auf 20,49, so wird es vorstehend Gold von Deutschland nach England zu bringen. Diese Goldbewegung ist also nichts Unnatürliches und Gefährliches, sondern das natürliche und sicher wirkende Mittel, durch das die Kurschwankungen der Währung auf diese sehr kleine Spanne begrenzt werden. Nun hat man sich aber natürlich zu fragen, ob denn die Goldreserven der Reichsbank für jeden denkbaren Fall ausreichen werden. Die Antwort lautet: Ihre Reserven werden austauschen, eine Währungskrise zu verhindern, jedoch können Panik, Unsermut und Baissepekulationen zu einer Wirtschaftskrise führen, in der das gesamte Wirtschaftsleben aus starken bedroht werden würde, ohne dass die Währung auch nur im geringsten gefährdet ist. So, mit einer solchen Wirtschaftskrise würde eine verhältnismäßig starke Steigerung des Binnenwertes der Reichsmark über den normalen Stand verbunden sein.

Diese Antwort wird manchen überraschen, und es wird vielleicht überdauert beweisfertig werden, daß die Entwicklungsmöglichkeiten auf diesem Gebiet irgendwie mit Bestimmtheit vorausgesehen werden können. Und doch ist auf seinem Gebiet eine Vorauslage so sicher fundiert wie auf diesem, weil hier eine eherne undurchdringbare Schwangsläufigkeit besteht, die jeder, wenn er sich die Mühe nimmt, die Dinge durchzudenken, auch begreifen wird, und die von der Erfahrung hunderdtäglich bestätigt werden kann.

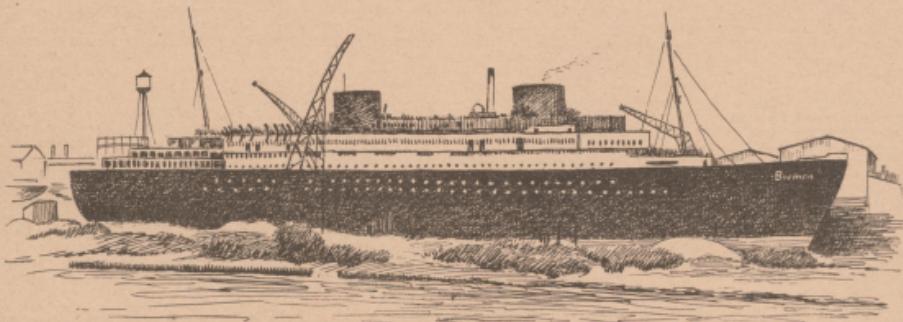
Die Stabilität einer Währung wird gewährleistet durch die Begrenzung des Zahlungsmittelumlaufs. Diese Begrenzung wird in dem modernen Währungssystem bald automatisch durch die Deflationsvorschriften herbeigeführt. So sieht das deutsche Bankgesetz bekanntlich vor, daß die Reichsbanknoten eine Mindestbedeckung durch Gold oder Devisen in Höhe von 40 v. H. haben sollen. Der Sinn dieser Deflationsvorschrift liegt nicht etwa darin, daß unmittelbar der Wert der Deutung den Wert der Noten bestimmt, sondern ausschließlich darin, daß sie ein übermäßiges Anwachsen des Zahlungsmittelumlaufs, eine Inflation – „Aufblähung“ – unter allen Umständen verhindert, gleichzeitig aber der Reichsbank und indirekt den Banken eine elastische Anpassung des Kredits an die Bedürfnisse der Wirtschaft ermöglicht. Diese elastische Anpassungsmöglichkeit ist außerordentlich wichtig. Ohne sie würde die Wirtschaft bei Sicherung der Produktion nämlich in außerordentlichen Schwierigkeiten kommen: Bei gesteigerter Produktion und vermehrten Umläufen müßt auch die Geldmenge und das Kreditvolumen sich erhöhen, andernfalls würde das Gegenteil einer Inflation, eine Deflation, eintreten, d. h. eine zu starke Verknappung von Gold und Kredit, die zur Folge hat, daß ein starker Druck auf die Preise ausgeübt wird, der zu Krisen führt. Ein derartiges elastisches System hat aber doch vollkommen ausreichende Sicherungen gegen eine zu starke Vermeidung des Geldumlaufs (Inflation), und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die gefährlichste Quelle der Inflation, die zur vollkommenen Zerrüttung der früheren Marktwährungen geführt hat, ist durch die Beleidungen des Bankgesetzes ein für allemal verhindert worden, dadurch, daß dem Reich die Möglichkeit genommen worden ist, unbefrachtet den Reichsbankkredit für sich in Anspruch zu nehmen und seine Ausgaben soll durch Steuern teilweise durch fortgeschreitende Notenausgabe zu finanzieren. Die durchbaren Währungsschüttungen der Europa in und nach dem Krieg erlebte, sind ausschließlich auf diese Politik, Deflation des Bezugs im öffentlichen Haushalt durch Staatsanleihe oder Ausgabe von Staatspapiergelei, zurückzuführen. Diese Möglichkeit ist durch die Vorrichtungen des Bankgesetzes, die wir auch nicht durch neues Gesetz abändern könnten, da das Bankgesetz Befand eines internationalen Abkommens, nämlich des Londoner Abkommens, ist, unbedingt verpert. Im Übrigen wäre aber auch, wenn diese Verbefrachtung nicht vorhanden wäre, nicht davon zu zweifeln, daß Reichsregierung, Reichsbank und Reichstag nach den Erfordernissen der Inflationszeit eine finanzielle Politik dieses Genres unter allen Umständen vermeiden würden.

2. Wenn die Möglichkeit einer erbordigen Inanspruchnahme der Notenpreise zum Zwecke der Finanzierung des Staatshaushalts ausgeschlossen ist, so ist die Gefahr einer Inflation im wesentlichen schon gebannt. Die einzige, aber weit harmlose Möglichkeit einer zu starken Geldvermehrung befindet sich, daß die Reichsbank gegenüber an sie herantretenden Ansprüchen der privaten Wirtschaft zu liberal ist. Die Reichsbank befriedigt solche Kreditanträge dadurch, daß sie Wedel diskontiert, die nach den Vorschriften des Bankgesetzes neben Gold und Devisen als Unterlage für die Notenausgabe zugelassen sind und die sogenannte bankmäßige Deckung darstellen. Die Bewegung des Wechselportefeuilles der Reichsbank und der Gesamtmenge der ausgegebenen Noten auf einer Seite und die Bewegung der Gold- und Devisenreserven auf der anderen Seite geben der Reichsbank nun jeweils einen zweitägigen Inhalt dafür, ob sie bei der Kreditgewährung großzügig verfahren kann oder ob sie die Kredite einschränken muß. Die Ausdehnung der Kreditgewährung hat nämlich Vermehrung der Kaufkraft und also ver-

stärkte Warennachfrage zur Folge. Bei zu starker Ausdehnung der Kredite steigen die Warenpreise, vom Ausland strömen mehr Waren ein und lösen eine starke Devisennachfrage aus, die die Reichsbank aus ihrer Reserve befriedigen muß. Sobald die Reichsbank ihre Gold- und Devisenreserven stark einschampen sieht, muß sie gezwungenenmaßen die Bremse ziehen, d. h. durch Diskontverhöhung und schwere Sichtung des eingereichten Wechselmaterials die Kredite einschränken. Eine solche Krediteinschränkung wirkt umgekehrt wie die Kreditanstrengung. Sie vermindert die Kaufkraft auf dem Inlandsmarkt, die Warennachfrage geht zurück, die Preise fallen, die Einfuhr wird gedrosselt, die Ausfuhr angeregt. Die Handelsbilanz verbessert sich wieder und mit ihr die Devisenlage. Die Diskontverhöhung hat aber über die Abstremung und Einschränkung der inländischen Kreditgewährung hinaus noch eine politische Wirkung, die die Devisenlage sehr viel schneller und energischer verbessert, als es auf dem Wege über die Besserung der Handelsbilanz möglich ist. Der höhere inländische Zinsstab zieht automatisch, wenn keine ungemeinlichen psychologischen oder politischen Bedingungen auftreten, Kredit vom Auslande herein. Dadurch fließen der Reichsbank wieder Devisen zu, während gleichzeitig ihr Wechselbilanz abnimmt, ihre Deckung verbessert sich und die Lage ist wiederhergestellt.

Dies ist gewissermaßen der normale Verlauf. Es sind nun aber gewisse Komplikationen möglich, die diesen glatten und schmerlosen Verlauf mehr oder weniger stark beeinträchtigen können. Komplikationen, die wir im Anfang weitestens im April tatsächlich erlebt haben. Diese Komplikationen bestanden darin, daß eine künstlich gesteigerte heimische Devisennachfrage (Vorratsläufe) einzog und daß außerdem kurzfristige Auslandskredite in stärkerem Umfang abgezogen wurden, als es allein durch die Verfestigung der internationalen Goldmarkt gerechtfertigt war. Die Reichsbank verlor in zwei Monaten etwa 1 Milliarde an Gold und Devisen, in den beiden letzten Aprilwochen allein etwa je 230 Millionen. Die Notendrücke durch Gold und Devisen, die im Anfang des Jahres über 75 v. H. betrugen hatte, gingen auf etwa 45 v. H. herunter. Je hierdurch der Wert der Reichsmark kompromittiert? Antwort: Diese Geldabzüge bringen zwar die Reichsbank in eine unangenehme Lage, zwingen sie, ihre Kredite an die Wirtschaft stark einzuschränken, bringen die Wirtschaft dadurch unter sehr scharfen Druck, machen unter Umständen überfüllte Warenlagerställe notwendig – der Wert der Reichsmark aber wird durch diese Vorgänge nicht verschlechtert, sondern tatsächlich erhöht. Das Gold wird knapp, und wie jede Knappheit führt auch diese zu einer Wertsteigerung der Ware, nämlich des Goldes, die sich in dem Preis, den man für sie zu zahlen hat, ausdrückt, und zwar in doppelter Weise: Der Zinsstab steigt und die Güterpreise fallen, es tritt also genau das Gegenteil wie bei einer Inflation ein. Diese fallenden Güterpreise wird um so stärker je mehr Unsermut und Baissepekulation die Reichsbank zur Krediteinschränkung zwingen. Mit ihr gehen elnher Aktivierung der Handelsbilanz durch verstärkte Exporte und Verkürzung der Importe, da infolge der Krediteinschränkung auch Produktionsseinschränkung und infolgedessen Verkürzung der Rohstofflieferungen aus Auslande erfolgen. Es liegt auf der Hand, daß die deutschen Konsumtenten an einer solchen Entwicklung kein Interesse haben, denn sie würden als Arbeitnehmer und Steuerzahler die Auswirkungen dieses Zustandes sehr schmerzlich spüren. Die Entwicklung seit der Diskontverhöhung der Reichsbank am 25. April zeigt aber erfreulicherweise, daß die hier fristig schlimmste Eventualität nicht zu befürchten ist. Im Inlande ist wieder Verhängnis eingetreten, das Ausland bringt uns nach wie vor Verträge entgegen, gewährt uns neuen Kredit und löst informen der Reichsbank und die heimischen Kreditbanken als Kreditgeber ab. Dadurch wird gleichzeitig der Devisenmarkt entsprechend entlastet und der Druck, der auf die deutsche Wirtschaft durch die Krediteinschränkung ausgeübt wird, gemildert. Der zur Produktion notwendige Kredit wird ihm vom Auslande gewährt. Diese Auslandskredite sind kein Abel, sondern ein großer Vorteil für die deutsche Wirtschaft; denn sie kann auf diese Weise mit ganz anderen Kräften arbeiten, als wenn sie nur die fähigsten heimischen Sparmittel zur Verfügung hätte. Auch das Reich und der Steuerzahler werden unmittelbar von diesem Vertrauen des Auslandes profitieren. Der zu erwartende, wieder normale Zustand von Auslandskapital ermöglicht es dem Reich, seine zur Zeit sehr angepannte Kassenlage statt durch rigorose sofortige Steuererhöhung durch eine mit besonderen Anreizen ausgestattete Ulkeise zu bessern, ohne daß eine übermäßige Verknappung des Kapitals für die Zwecke der Wirtschaft zu befürchten ist. So bedauert es ich, daß das Reich in diese angepannte Lage getrieben ist, um so mehr, als die Wirtschaft es begreift, daß ihr generelle Gewaltmaßnahmen im Augenblick erspart bleiben, und zwar, wenn die Parteien Verhandlungen zu einer Einigung führen, auch auf die Dauer erspart bleiben. Führen die Parteien Verhandlungen nicht zu einer Einigung auf eine für Deutschland annehmbare Lösung, so werden allerdings einschneidende Maßnahmen im öffentlichen Haushalt, Einschränkung der Ausgaben und Erhöhung des ordentlichen Einnahmen (der Steuern) unvermeidlich sein und den Wiederanfang des Konjunktur stark beeinträchtigen.



Der neue Lloyd-dampfer „Bremen“.

Von Robert Breuer.

Den Blick noch tief erfüllt von der mannschaften Geschicklichkeit des alten Bremer Gemäuers, der füntigen Majestät des Domes und des Rathauses Altnorther Wucht, dann schnell hindurchgeschauen durch das Geblümmer der weit ausgedehnten, kleinen, gartenumflossenen Bürgerhäusern, sieht man, dehnlich unvermittelt, nur durch einige gewaltige Speicher, Kuben aus Ziegeln, vorbereitet, gegenüber einer unerhörten Energie aus eisernem Gestänge, gegenüber gigantischen Gerüsten, die sich überirdisch und beinahe verbrechlich gegen den Himmel recken. Das ist die Werte, die das neue Schiff des Lloyd, die „Bremen“, baut.

Schweiz, bebend von Kraft, selbst im Stillstand, stiel steigend, die mächtigen Krane überwachsend, liegt das Schiff vor uns. Durch seine Schlichtheit noch überwältigender, als durch die ungeheure, rhythmisch gebändigte Dynamik, die einem wie die Witterung eines glorreichen Geheimnisses und einer leuchtenden Klarheit entgegenschlägt. Noch töbt über dem Riesen aus Stahl und Eisen eine hämmende Wolke unerhörter Arbeit, noch rafft das fahrende Feuer der Schweißrohre, noch dehnen die starken Bledie, noch hört man die Gänge und Meile knarren und knirschen. Über durch all jisches Werden sieht man schon fertig das neue Wunder der Schiffsbaufunktion: die schwimmende

Stadt, einen Organismus, bis aufs Letzte durchrechnet, kein totes Gebild, ein vitales Gespäß, durchblutet und durchneert. Ein Triumph der Ingenieure, ein Beweis vollendet Qualitätsarbeit, noch gefeiert durch die ruhige Zurückhaltung einer Ausdruckskraft, die weltmännisch aufs Internationale zielt und doch das neue Deutschland weisenhaft zeigt. Mit Schmerz, aber doch schnell getröstet durch die Vollendung, die hier reift, erinnert man sich, daß das



Das Sonnenbed



Dan vor Wind und Wetter geschützte Hauptpromenadenbänke



Rauchsalon erster Klasse



Schwimmhüber auf dem Weltmeer



In einer Laube der „Bremen“



Gesellschaftshalle der III. Klasse

die moderne Kultur, zugleich aber so gefärt, daß die Beherrschung solcher Vielfältigkeit beinahe einfach erscheint. Das Innere dieses Schiffes ist wie ein Symbol der Selbstverständlichkeit, den gegenwärtigen Zustand des zivilisierten Menschseins mit all seinen Graden und Maßen, mit seinen Belangen und Bedürfnissen in einer automatischen Apparatur zusammengefaßt. Die soziale Schichtung, die nicht durchbrochen werden kann, wird sympathisch gemildert; auch die Passagiere der dritten Klasse, die eigentlich eine vierte ist, werden sich auf diesem Schiff wohlmeinend wohlfühlen.

Die einzigen „Zwischenstufen“ sind, gemäß einer neuen Sittlichkeit, nicht mehr in Wissensquartieren untergebracht, auch ihnen stehen abgesonderte Kammern, die mit höchsten Wohlstand ausgestattet werden, zur Verfügung, auch sie haben Gesellschaftsräume und ausreichende Gelegenheit, sich, gegen jedes Wetter geschützt, zu lüften. Eine vorzülliche Einrichtung ist die sogenannte „Touristenklasse“; sie entspricht gutem bürgerlichen Niveau und wird wohl überwiegend von den Amerikafahrern deutscher Nation benutzt werden. Aber auch zahlreiche Europafahrer aus den Staaten werden sie nicht scheuen. Sie gewährt während der sechs Reisetage ein Heim, schlicht, aber doch komfortabel; Typ des schwimmenden Wochenendhauses, mit Gemeinschaftsräumen für wohlerogene Leute, deren Augen sich an glatten Flächen mehr erfreuen als an wucherndem Ornament. Solche Grundzüge lebendiger Raumgestaltung, geboren aus dem Temperament und der Logik moderner Bauernkunst, kennzeichnen übrigens auch sämtliche Räume, die den Passagieren der zweiten und ersten Klasse überlassen sind. Auch in diesen Wohnkammern, die zu einem großen Teil mit eigenem Bad, eigener Dusche und eigenem WC ausgestattet wurden, nicht weitläufig in der großen Hucht des dem Reichstag und dem Kapitän zur Verfügung stehenden Gesellschaftsräume herrscht eine schöne Mäßigung. Eine peinliche Naivität und den Charakter des Schiffes fortwährend und so ist, als wäre das schwimmende Hotel irgendwo im Frankreich des Roskos oder im Italien des Brodos angewachsen, ist völlig überwunden; keine falsche Romantik will darüber hinwegtäuschen, daß wir uns auf einem Dampfer und damit auf dem Meer befinden, daß

wir eingefügt sind einem wunderbaren Gebäude höchstentwickelter Technik, und daß das entscheidende Leben dieses mit außerordentlicher Geschwindigkeit die Fluten spaltenden Kolosse bedingt wird; durch einen Kosmos von Maschinen, von Riefeln und Rädern, von tausendfältigen Apparaten, von Rohren und von Kabeln. Die Architekten, darunter so treffliche Männer wie Prof. Bruno Paul, Beauhaus aus Düsseldorf und Rudolf Alexander Schröder, haben den Ingenieur nicht vergewaltigt, sie haben vielmehr das Ihre dazu beigebracht, daß zur Empfindung kommt, wie in diesem phantastischen Staat der Technik eine Million Meter Kabel und verlegt sind, 200 000 m Schwachstromleitung, wie ständig 1 500 000 cbm Luft bewegt werden, wie von 10 000 verschiedenen Stellen aus Klingel- und Lichtsignale in Bewegung gesetzt werden können. Dies Schiff wird in jedem Augenblick ein Elektrons sein, keine Attrappe, keine Dekoration; in seinen Salons, im Theatersaal, in den Bars, im Wintergarten, im Schwimmbad, in der Turnhalle, in der Ladentruhe, in den Zimmern der Damen und der Raucher werden sich die Passagiere geborgen und auf der Höhe genießenden Nichtstuns fühlen, auf den weit ausladenden Promenaden werden sie wandelnd die elastische Kurve, die suggestive Sicherheit der Ausmaße, der Abstände, der Entfernungen empfinden. Sie werden mit Überzeugung wissen von den zehn Decks, die übereinander das Schiff aufstellen, von den Fahrstühlen, die dauernd auf- und niedersteigen, von dem Betriebsgang, der abschließt der öffentlichen Wege die ganze Länge des Schiffes durchläuft, von den starken und raffinierten Sicherheitsmaßnahmen gegen Brand und Wahrschärfahrt und von dem Rettungsboot, von dem aus ohne Panik die behaglichen Motorboote, die „Raum für alle“ geworden, bestiegen werden können. Und durch diese überwältigende Schönheit tönt der Sang der Maschinen, das Siegeslied der Mammaturbinen, der übige Feuer Riefel, die so untergebracht sind, daß auch in höchster Not noch immer eine Gruppe arbeitsfähig bleiben dürfte, idem die Refordröhne der vier Schrauben. Mitte Juni geht die „Bremen“ auf ihre Jungfernreise; ein Jahr später folgt die „Europa“.



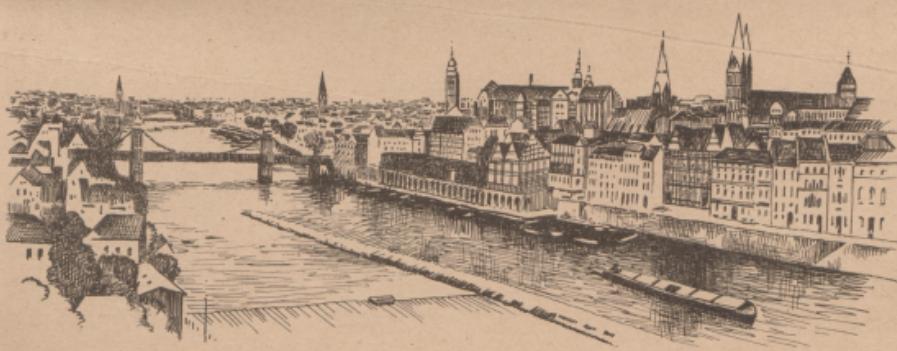
Das obere Promenadendeck

Bremen als Welthaven.

Von Dr. Hans Müller.

Land der Ries! am Rathaus zu Bremen steht er ein Standbild standhaft und wuchtig, hilft mit ehemem Antlitz die Freiheit der Stadt, wie die Inschrift des mit dem alten Reichsadler geschmückten Schildes kündet. Mehr als fünf Jahrhunderte sind an diesem Wahrzeichen bremischer Stadtfreiheit vorübergegangen.

Er ist nicht der einzige Zeuge längst vergangener Zeiten. Rings um ihn herum erinnern Prachtbauten, wie das alte gotische Rathaus mit der 1609 vorgesetzten reichsgestifteten Renaissancefassade und der aus dem 16. Jahrhundert stammende Schüttling, das Haus der Alten Leute der Kaufmannschaft, sowie eine Reihe von mittelalterlichen Patrizierhäusern und die sich an den Ufern



Bremen



Berlitz am Gewerbehause

des Weserstromes reckenden alten Packhäuser an Bremens ruhmvoller Vergangenheit und handelspolitische Bedeutung. Errichtete doch schon 965 der Erzbischof Waldag von Bremen auf Grund eines fälschlichen Privilegs den bremerischen Markt, der durch den Verkehr mit den nördlichen Staaten rasch aufblühte. Weitschauender Hansestaatengesetz daß dann im Laufe der Jahrhunderte in unermüdlicher Schaffenstrafe Bremen zu einer der bedeutendsten Seefähnste des Kontinents gemacht. Diese alte Hansestadt ist die Stadt der schönen Wohnungen, frei von Mietstafzieren und gartenreich. Denn Bremen als die Stadt der Einfamilienhäuser mit seinen 500 000 Einwohnern bedeckt die Fläche einer Millionenstadt. Breslau 52, in Homburg 39, in Paris 35 Bewohner auf ein Haus im Durchschnitt kommen, so sind es in Bremen nur 8. Beim, das mit seiner 1827 von dem Bürgermeister Johann Schmidt gegründeten Tochterstadt Bremerhaven eine ungstrennliche wirtschaftliche Einheit bildet, ist heute Weltbaustadt, nach Hamburg die wichtigste deutsche Seehandelsplatz. Schiffahrt und Abfuhrshandel bestimmen den Grundcharakter des Bremers Wirtschaftsgebietes. Den größten Aufschwung in neuerer Zeit verdankt Bremen der 1857 vom Konkub. H. H. Meyer ins Leben gerufenen Großederei, dem Norddeutschen Lloyd. Dadurch ist Bremen der größte deutsche Passagierhafen geworden und einer der wichtigsten Auswanderungshäfen. Von Bremen gehen zur Zeit etwa 120 Schiffslinien regelmäßig nach allen Teilen der Welt. Die Bedeutung des Bremer Seehandels erhebt aus unseren beiden graphischen Darstellungen. Wie wir sehen, hat zwar der neuwärtige Schiffverkehr, was Zahl und Raumgehalt des Schiffes anbelangt, heute den Stand der Vorkriegszeit nicht unbedrängt überschritten, dagegen hat der Güterverkehr sowohl im Versand wie Empfang die Mengen von 1913 noch nicht erreicht. Aus dem letzten Bild ergibt sich zugleich, daß Bremens Handel überwiegend Einfuhrgeschäft ist.

Ein ganz bestimmtes Gepräge erhält das bremische Handel dadurch, daß er im Gegensatz zu den Mannigfaltigkeit Hamburgs einzelne Rohstoffmärkte besonders ausgebildet hat. Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts entwickele sich Bremen als Hauptmarkt für Tabak und späterhin für Reis; im Baumwollanbau aber ist Bremen heute der wichtigste Platz des europäischen Festlandes. Die Bremische Baumwollwirtschaft hat Weltbedeutung. Als weitere wichtige Einfuhrgüter kommen in Betracht: Wolle, Getreide, Öl, nüsse, hörzer, Wein und Kaffee. Für den Getreidehandel wurde noch während der

Kriegszeit eine gewaltige Anlage geschaffen, die größte ihrer Art in Europa. In der Ausfuhr Bremens sind besonders bemerkenswert Dinge, vor allem Kali, ferner Eisen- und Stahlwaren, Maschinen, Bier, Baumaterialien und Städtegut. Ähnlich wie für das eingeführte Getreide ist für Kali eine gewaltige Hallesportanlage mit großen Lagerhallen, die 100 000 bis 120 000 Tonnen faszen, vor kurzem geschaffen worden.

Der Hauptumschlagsplatz für Seefrachtküsse in Bremen-Stadt, während Bremerhaven in erster Linie dem Passagierverkehr dient. Dort befindet sich die Lloydhalle, an die sich der 1927 fertiggestellte, 1 km lange Columbusufer mit dem neuen Passagierhalle, dem Columbusbahnhof und der Zollabfertigungskasse anschließen!

In den Kaiserhäfen Bremerhavens weitet sich der große Baumwollverkehr ab. Dort stehen auch die großen modernen Kühlhausanlagen für Bananenbahnhof für den vom Norddeutschen Lloyd nach den Karibischen Inseln eingerichteten Bananenhandelsdienst.

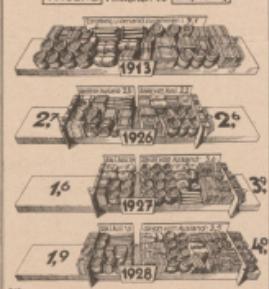


Glockenspiel



Der seewärtige Güterverkehr in den bremischen Häfen

in Versand Millionen to Empfang



Flächenraum zur längeren Lagerung der Güter zur Verfügung. Schiffahrt und Seehandel sind es jedoch nicht allein, die Bremens Wirtschaftsleben bestimmen. Bremen hat sich auch zu einer bedeutenden Industriestadt entwickelt. In erster Linie ist natürlich die Schiffbauindustrie hier heimisch geworden. Erwähnt sei nur das Werk A.-G. "Weser", das sich Ende 1926 durch Fusion mit der Werk und Maschinenfabrik J. C. Tostendorf A.-G. in Wesermünde und der Vulkanwerke A.-G. in Hamburg zur Deutschen Schiff- und Maschinenbau A.-G. (Deichsmar) vereinigte und heute rund 6500 Arbeitern und Angestellten steht. Dazu gibt, ferner die Atlaswerke, deren Fabrikation sich vornehmlich mit dem Bau von Hilfsmaschinen und Sicherheitsanrichtungen für



Rathaus



Der Schütting

den Schiffsbetrieb besteht. Zu der großen Reihe der Werften Bremens gehört weiter der Bremer Vulkan, Schiffbau- und Maschinenfabrik in Vegesack. Unter den anderen Industrien Bremens seien genannt die Automobilindustrie der Hanomag-Lloydwerke, weiter die Lloyd-Dynamowerke, die Norddeutsche Waggonfabrik, die Gräf & Stift-Werke, nicht zu vergessen die Norddeutsche Hütte mit ihren drei Hochofen und den verschiedenen Nebenanlagen. Ein-für wie Ausfuhr wichen auf die Entwicklung weiterer Industrielinie. Auf der Einfahrt bauten sich auf die Norddeutsche Wollfärberei und Kammgarnspinnerei, die das größte Unternehmen ihrer Art auf dem europäischen Kontinent ist, ferner Oberleitungen, zwei große Getreidemühlen, darunter die Rolandmühle mit ihren neuen Siloanlagen und die bekannte Kaffeehandelsaktiengesellschaft (Kaffee Haas) sowie Schokoladen- und Zigarettenfabriken. Für den Export entstanden die Kaiserbrauerei und verschiedene Silberwarenfabriken neben anderen Exportindustrien. Auch in der Nachbarstadt Bremens hat sich eine blühende Industrie entwickelt, so in Hemelingen,

Delmenhorst (Rembrandt Karosserie-Werke A.-G.) und Blumenthal. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß Bremen auch bemüht ist, sich dem Luftverkehr zu erschließen. Modern eingerichtete Flughäfen in Bremen und Bremerhaven dienen dem ständig wachsenden Verkehr zwischen der Küste (Nordseebahn) und dem Binnenlande.

So hat sich Bremen trotz Krieg und Notzeit in jeder Arbeit zielbewußt und zukunftsicher wieder Handel und Industrie aufgebaut und ist bemüht, seinen Platz als Wettentor Deutschlands, als Hafen- und Industriestadt zu behaupten, getreu dem Wahlspruch, über dem Portal am Schleifring steht:

„Süten und bidden“

Wegu der heimische Dichter Georg Trost anmerkt:

„...Ja; Althid wagen un of

Steht an'n Schuttung haben an.
Dat gellt für batzen un for bidden,
Dat gellt für all un jödermann.“

Un up die Woord dat wi wi

[boen!]

Up ditschen Mot und ditsche

Kraft

En stiebet Gnük un Selbster-

[troen]

De heft noch jümmer Nees

[schafft]. . .



Werft der A.-G. „Meier“

Zur Lage in Sowjetrußland.

Von Dr. R. von Ungern-Sternberg.

Das politische und wirtschaftliche Leben der Sowjetunion hat zur Zeit unter einer Reihe von großen Schwierigkeiten zu leiden, die in ihrer Gesamtheit sich zu einer allgemeinen Krise verdichten können. Allerdings wäre doch nicht die erste Krise, die der Sowjetstaat durchzumachen hätte; ziemlich oft im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Endkampfschwierigkeiten der Großstädten, dem Sinken der Arbeitslosigkeit der Industrie, dem Streit innerhalb der Kommunistischen Partei über grundägyptische Fragen des Wirtschaftspolitik usw. daran zu erkennen, daß der Sowjetstaat während des ersten Jahres der kommunistischen Herrschaft seine Erfolge gegen die von auswärts kommenden Angreifer des Gegenvolksstaates verloren hatte und als Sieger aus diesem Kampf und damit aus dem Bürgerkrieg hervorgegangen. Insofern durchlebte die Sowjetunion um die Jahreswende 1920/21 bereits eine schwere Krise, die durch die damals ungünstige Entscheidung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen herverursacht worden war und ihren Höhepunkt in dem Aufstand der Tenteringen vorgelagerten Festung Kronstadt erreichte. Alle diese Krisen hat der Sowjetstaat glücklich überwunden. Man könnte übrigens die Reihe der gefährlichen Angriffen innerpolitischer Art, die immer wieder den Gedanken eines bevorstehenden Zusammenbruchs der Sowjetregierung aufkommen ließen, noch weiter verlängern. Aber die erwähnten Ereignisse genügten, um darzutun, daß die Sowjetregierung ein auffallendes Geschick in der Überwindung von Schwierigkeiten beweisen darf, daß sie durch rechtzeitige Wandlung ihrer Politik ein bisher jedochns verloren hat, die Gegner entweder zu beruhigen oder unschädlich zu machen. Allerdings eins ist ihr nicht gelungen, und aus diesem einen Mißlingen ergeben sich letzten Endes alle gegenwärtigen Schwierigkeiten: die große Mehrheit der Bauern ist der Sowjetregierung gegnerisch, ja feindlich gesinnt geblieben. Als im März 1921, infolge der auf Gorbatsch Lewins eingeführten „neuen ökonomischen Politik“, der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen freigegeben und der privaten Initiative größerer Spielraum gewährt wurde, hoffte man die Beziehungen der Bauern zu der Sowjetregierung wenigstens so zu gestalten, daß es mit der Zeit gelingen würde, die Bauern in den sozialistischen Aufbau einzuführen. Das sollte erreicht werden durch Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, durch Ausbau von sozialistischen Großgutern, durch Elektrifizierung der ländlichen Betriebe usw. Diese Erwartungen haben sich als trügerisch erwiesen, und es ist von schwerwiegender politischer Bedeutung, daß die Freigabe des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen die Beziehungen der Regierung zu der Bauernschaft keineswegs freundlicher gestaltet hat. Im Gegenteil: diese Beziehungen bilden das zogenvollste Kapitel der russischen Politik, den Kern der inner-

politischen Krise. Die Freigabe des Handels hat wesentlich dazu beigetragen, die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit innerhalb der Bauernschaft zu fördern. Es haben sich immer deutlicher drei Schichten innerhalb der Bauernschaft ausgebildet: 1. eine dicke Oberschicht, die sogenannten Großbauern; 2. eine breite Mittelschicht vom Mittelbauern und 3. als unterste soziale Schicht die los-Dorfarmut, das ländliche Proletariat, das als Landarbeiter in sozialer Abhängigkeit steht vom Großbauern und zum Teil auch vom sog. Mittelbauern.

Die Politik der Sowjetregierung geht nun dahin, jede Erstärkung des Großbauertums zu verhindern. Zu diesem Zweck schlägt sie bemüht den Klassenkampf im Dorf, d. h. sie verfolgt die Kleinbauern gegen die Dorfbourgeoisie auszu spielen. Der Großbauer wird auf jede Weise benachteiligt, während den Kleinbauern und den Mittelbauern alle steuerlichen, Vergünstigungen und sonstige Zuwendungen zugute kommen. Aber diese sog. „Bauernpolitik“ der Regierung erweist sich als ein zweckwidriges Schwert, denn sie beeinträchtigt die Getreideerzeugung und bringt die Gefahr mit sich, daß die landwirtschaftliche Anbaufläche auf ein Maß eingeschränkt wird, das so gut wie keine Überholz für die Ernährung der Städte und für den Export übrig läßt. Diese Beschränkung hat dazu geführt, daß sich innerhalb der Sowjetregierung eine einflussreiche Richtung, die sog. „Rechtsopposition“, herausgebildet hat, die mit immer größerem Nachdruck die Meinung vertreibt, daß es wirtschaftlich ungünstig und politisch gefährlich ist, die sog. Großbauern, d. h. den Teil der ländlichen Produzenten, der rational wirtschaftet, als Feind, als einen Schädling zu behandeln. Diese bauernfreundliche Rechtsopposition steht aber bei der maßgebenden Richtung der Sowjetregierung mit Stalin an der Spitze, bisher nur entschiedene Gegnerin. Stalin besteht auf einer entschiedenen Bekämpfung der Dorfbourgeoisie und hofft die Abhängigkeit der Städte und des Getreideexports von den großbäuerlichen Wirtschaften dadurch zu beseitigen, daß der Staat durch die Entwicklung staatlicher Großbetriebe in fortgesetztem Maßstab Eigenproduzent von Getreide wird.

Entsprechend dieser feindlichen Einstellung der Sowjetregierung gegen die Dorfbourgeoisie wird auf dem Lande ein systematischer Kampf gegen die sog. Großbauern geführt. Die Situation ist zur Zeit die, daß auf einer Seite die privatwirtschaftlich mehr oder weniger erfolgreich wirtschaftenden Mittelbauern stehen, auf der anderen Seite die Vorläufer der Sowjetregierung, die sich größtenteils aus dem Dorfproletariat, den Dorfforsprecheren und von besondren Agenten der Sowjetregierung, den Dorfforsprecheren der Sowjetpreise, geleitet werden. Daß die Stellung der Sowjetregierung und der Kommunistischen Partei auf dem Lande durchaus nicht gerechtfertigt ist, geht

am deutlichsten aus dem Ergebnis der Wahlen zu den Dorfsojwets hervor. Ungeachtet dessen, daß die Sowjetverfassung allen Großbauern, sofern sie fremde Arbeitskräfte beschäftigen, das Wahlrecht aberntent, beträgt, nach dem vorläufigen Ergebnis der Sowjetwahlen, der Anteil der kommunistischen Parteimitglieder in den Dorfsojwets der Russischen Sozialistischen Föderativen Räterepublik nur 14 v. H., der Rest also 86 v. H. sind „Parteilose“. Das bedeutet, daß die unteren Verwaltungssärgen, die Dorfsojwets, durchgängig sind von Personen, die „klassenfeind“ der Sowjetregierung sind.

Angesichts dieser Entwicklung auf dem Lande entsteht die Frage, ob sich innerhalb des Bauernmasses eine Macht durchzusetzen beginnt, die der Sowjetregierung gefährlich werden kann. Zu dieser für Sowjetrußland zweifellos schädlichen Frage kann man nur Stellung nehmen, wenn man die Beziehungen der industriellen Arbeiterschaft zur Sowjetregierung kennt. In diesem Zusammenhang ist vor allem darauf hinzuweisen, daß der bürgerliche Umfang vom Oktober 1917 nicht von den Bauern ausgegangen ist, sondern daß die organisierten Arbeitermassen in Petersburg den Aufstand vollzogen haben, allerdings unter Mitwirkung der Bauernschaft, deren Vertreter, d. h. die Bauernsöhne im Heer und in der Flotte, sich dem Anfange der Arbeiterschaft angeschlossen haben. Seitdem nun das industrielle Proletariat, nach vollzogenem Umsturz, die herrschende, privilegierte Klasse in Russland darstellt, hat sich in bezug auf ihre soziale Stellung ein Aufstieg vollzogen, den in so kurzer Zeit die Arbeiterschaft keines anderen Landes bisher erlebt hat. Diese Tatsache darf unter keinen Umständen unterschätzt werden. Andererseits genügt der soziale Aufstieg allein nicht, um eine Gesellschaftsklasse zu bilden und zum unabdingten Anhänger einer Staatsform zu machen. Wie ist es mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft bestellt? In dieser Beziehung ist in letzter Zeit ein Rückschlag zu verzeichnen: 1927 hatte sich das Lebensniveau der Arbeiterschaft, wenn man den Reallohn zugleich der recht bedeutenden sozialen Vergünstigungen, die die Sozialgesetzgebung gewährt, berücksichtigt, im Vergleich zu 1915 gehoben. Aber dieses Lebensniveau ist seitdem in einem allmäßlichen Rückgang begriffen, denn die fortgesetzte Steigerung der Kleinhandelspreise ist durch die Steigerung der Nominallöhne nicht wettgemacht worden. Hinzu kommt noch, daß die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Ersatzständen des täglichen Bedarfs infolge des Mangels an Waren, besonders auch an Lebensmitteln, die Erinnerungen an die großen Entbehrungen der ersten Jahre der kommunistischen Herrschaft wachrufen und auf die Stimmung der Industriearbeiterschaft nachteilig einwirken.

Dann könnte man ja annehmen, daß diese Schwierigkeiten vorübergehender Art sind und ein weiterer Aufstieg in der Lebenshaltung möglich ist. Diese Annahme ist durchaus zu berücksichtigen, da ein weiterer Aufstieg in der Lebenshaltung der Industriearbeiterschaft so lange nicht möglich ist, als die Arbeitsergebnigkeit des Arbeiters nicht beträchtlich zunimmt. Die geringe Leistungsfähigkeit der Industrie kommt u. a. darin zum Ausdruck, daß die Preise für Industrieraumzugsfälle im Durchschnitt das Zwei- bis Dreifache der Vorkriegszeit aufweisen, und der Hauptgrund sowohl des Warenmangels wie des hohen Preisstandes ist darin zu erblicken, daß die russische Arbeiterschaft einen großen Mangel an Arbeitsdisziplin, Pflichtbewußtsein, ja am elementarsten Gewissenhaftigkeit

aufweist. Dieses Übel zu beseitigen ist unter den gegebenen kulturellen Verhältnissen unendlich schwierig. Dieses Problem muß aber gelöst werden, denn gelingt es nicht, die Arbeitsergebnigkeit wesentlich zu steigern, so ist die ganz russische Planwirtschaft und mit ihr auch das politische System gefährdet.

Die mangelhafte Produktivität der russischen Industrie ist mit ein Grund, der die bauernfreundliche Richtung, die Rechtsopposition innerhalb der Regierung veranlaßt, die Zweckmäßigkeit einer beschleunigten Industrialisierung des Landes zu verneinen. Demgegenüber vertritt die sog. Linksopposition, deren Einfluß zur Zeit allerdings gering ist, die Meinung, daß bereits die gegenwärtige Stalinsche Kurs eine Kompromisspolitik sei, die zwangsläufig zur Niederlage des Sowjetsystems, zur Kapitulation vor den Großbauern führen müsse. Die Linksopposition fordert daher rücksichtslose Industrialisierung auf Kosten, ja im Gegensatz zu den Bauern. Über diese grundlegenden Fragen, der Wirtschaftspolitik geht zur Zeit ein erbitterter Kampf innerhalb der Kommunistischen Partei vor sich. Die herrschende Richtung befürwortet die Rechtsopposition der Sympathien für bürgerlich-demokratische Befreiungen. Sie wagt es aber nicht, gegen die Rechtsoppositionen mit Gewaltmaßnahmen vorzugehen, wie sie das gegen die Linksopposition getan hat.

Es liegt nun auf der Hand, daß dieses Herwirkt uns innerhalb der herrschenden Partei die Maße der Parteimitglieder treiben müssen. Die schönen Meinungsverschiedenheiten haben die verbindnisvolle Auswirkung, daß es der Diktatur des Proletariats, die vor der Kommunistischen Partei ausgesetzt wird, bereits an der unbedingt erforderlichen Einmütigkeit und Geschlossenheit fehlt, ein Zustand der auf die Dauer unthalbar ist und zu einer Aufspaltung in verschiedene Parteien und damit zu einer Auflösung der Diktatur führen muß. Die steigende Aktivität der Dorfbourgeoisie, die mangelhaften wirtschaftlichen Erfolge und die lange Zeitspanne, die die Diktatur wählt, bringen es mit sich, daß die Werkeraft des Systems nachdrücklich und selbst in Kreisen der unbedingten Anhänger der Kommunistischen Partei die Schwungkraft der Idee zu erlahmen beginnt. Wenn man jedoch noch berücksichtigt, daß die „Polemist“ innerhalb der Partei auch auf die Rote Armee übergegriffen hat, so erscheint die Meinung berechtigt, daß die Herrschaft der Kommunistischen Partei in Russland nicht mehr die Feindseligkeit aufweist wie etwa vor drei, vier Jahren und daß die Frage, in welcher Richtung sich voraussichtlich die Verhältnisse entwickeln werden, dahin beantwortet werden kann, daß die Absonderung demokratischer Lebensformen sich mit einer gewissen Zwangsläufigkeit ergeben muß. Mag sein, daß es noch alle Welle hat, bis sich demokratische Lebensformen durchsetzen, und sicherlich auch, daß die Möglichkeit eines gewaltfamen Umsturzes der gegenwärtigen Verhältnisse nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Immerhin erscheint als das Gegebene und Wahrscheinliche eine Wandlung der Sowjetpolitik in die Richtung eines ausgedachten Entengenommens gegenüber der Bauernschaft. Gewiß würde das eine Kapitulation vor den Bauern bedeuten, aber auch die erscheint durchaus nicht unwahrscheinlich, zumal eine Entwicklung in der Richtung einer Bauerndemokratie, unter Beeinflussung aus dem Sowjetystem sich ergebenden Eigenarten, von einer einflußreichen Richtung, der Rechtsopposition innerhalb des Sowjetregierung, angestrebt wird.

Regierungswchsel in Österreich.

Selten ist in der Geschichte der modernen Staaten ein Politiker mit einer gleich souveränen Geste von dem Podium des politischen Orchesters eines Landes abgetreten, wie der bislängige österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel, der unmittelbar nach den Österreichfesten zur allgemeinen Überzeugung seines Alters als Regierungschef zur Verfügung stellte. Die Erklärung, mit der er vor dem Ministerrat seinen Schritt motivierte, gipfelte in dem Wunsche, nicht länger durch seine Person ein Hindernis für den innerpolitischen Ausgleich zu bilden. Es entsprach dem Format dieses Staatsmannes, daß er aus eigenem Entschluß und freiem Willen einen Schritt tat, zu dem ihn niemand hätte drängen können, denn es gab niemand in Österreich, der Dr. Seipel stützen konnte; einen Schritt jedoch, der, nach seiner Einsicht in die innerpolitische Struktur des Landes, genau werden sollte. Dieser Struktur zeigte das Bild eines in seinen Geleisen gefesselten Parlamentarismus, der nur durch einen überwältigenden Situationswechsel zu neuem Leben und innerpolitischer Entwicklung erweckt werden konnte.

Es ist kein Fall, daß in den beiden deutschen Staaten Mittel-europas nach Überwindung der ungeheuren Schwierigkeiten, die der Krieg und die politische Niederlage in den Ländern hinterlassen hatten, ein Zusammenschluß, der hier wie dort, vielleicht etwas vor-

eilig und oberflächlich, als Krise des Parlamentarismus bezeichnet wurde. Es kann nicht wundern, daß es den Regierungen der schwerrezipierten deutschen Staaten leichter war, auf der Grundlage einer absoluten Demokratie der unermüdlichen Gefahren Herr zu werden, welche sie von außen und von innen her im ersten Decennium nach dem Kriege in ihrem Besitz bedrohten, als mit Hilfe desselben rein demokratischen Systems auch die sekundären innerpolitischen Probleme zu meistern, auf deren Behandlung der neue Regierungsapparat nach Bekämpfung der konstitutionellen monarchischen Staatsform noch nicht eingespielt war. Aber sowohl im Reiche wie in Österreich mußte einmal der Augenblick kommen, der nach Sicherung der Erfahrungsgesetze des deutschen Volkes die Einleitung einer auch innerpolitisch normalen Entwicklung bedeutete. Daß sich das neue Regierungssystem dies wie dort nicht ohne eine gewisse Unschärfe dieser Aufgabe zuwenden konnte, ist leicht erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß er vor wenigen Monaten die Neuordnung der Dinge ihren Geburtsstag beging.

Um von dieser grundsätzlichen Erwägung, welche die gemeinsamen Merkmale der jüngsten Geschichte des deutschen Volkes umgezeichnet seiner derzeitigen Trennung in verschiedene Staatskörper aufzeigt, zu den Vorgängen in Österreich zurückzukehren, ist zu sagen, daß

die mühsamen, über einen Monat dauernden Verhandlungen zur Bildung der neuen Regierung naturngemäß alle Probleme aufzulösen, welche für die nahe Zukunft der auf österreichischem Boden lebenden deutschen Bevölkerung schicksalgebend sein werden. Die fundamentalen Divergenzen zwischen der bisherigen Regierung und der Opposition in der volkswirtschaftlich grundlegenden Frage der Wohnungswirtschaft und etappenweisen Aufwertung der Mieten, in Hinsicht der sogenannten Grunthäusgefeie, welche die Abgrenzung der verwaltungsmäßigen Kompetenzen zwischen dem Staat und seinen Ländern zum Gegenstand haben, in dem Problem der Strafrechtsverfeinerung und der Modernisierung des Strafgesetzes, ferner die schon während der letzten Regierungsperiode zutage getretenen Auseinandersetzungen über fulturpolitische Probleme innerhalb der bisher koalitierten Regierungsparteien, die Gegensätzlichkeiten zwischen dem Staat und den Ländern, die Meinungsverschiedenheiten in wichtigen wirtschaftlichen und handelspolitischen Angelegenheiten, die sich vorwiegend im Schosse der größten Regierungspartei selbst, der christlichsozialen, abgespielt haben: Dies alles stand in den langwierigen Versammlungen, das neue Fundament für die parlamentarische Erledigung dieser Probleme zu bilden, auf der Tagesordnung. Kein Druck von außen, nicht die Dringlichkeit von Fragen, die an die Existenzgrundlage des Staates rührten, so wirtschaftlich bedeutend die ungelösten innerpolitischen Aufgaben sind, erzwangen einen raschen Entschluß. Es war möglich zu warten, bis sich die Lösung der aktuellen Politika wenigstens in verschwommenen Umrissen ausgezeichnete, bevor man an die Frage der Neubefestigung einzelner Ministerien und vor allem des Kanzleramtes selbst heran ging. Doch sich im Laufe dieser Verhandlungen mehr denn je auch der schon früher stark empfundene Mangel aufs neue herausstellte, daß das österreichische Staatsoberhaupt nicht jener gerade in Krisenzeiten besonders wichtige Stabilitätsfaktor ist, der eine notwendig gewordene Neinstiftung der obersten Staatsverwaltung zentral leitet, sondern sich die Entscheidung in einem sicher unerreichbaren parlamentarischen Hin und Her gewissermaßen von selbst herauskristallisieren muß, sei nur nebenbei erwähnt und hat selbstverständlich nicht zu einer Verkürzung des Verfahrens beitragen können.

Es wird vor allem interessieren, inwiefern von einer bereits teilweise ausgerissenen Vereinigung der oben skizzierten aktuellen Staatsaufgaben die Rede sein kann. In den Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien und der Opposition kam ein außerordentlich bedeutungsvolles Kompromiß in der Hauptfrage zustande. Sie erhärte ein grundfährliches Einverständnis mit einer teilweisen Valorisierung der Mieten bis zum Jahre 1931, in dem die temporären Neuwohnen die Entscheidung über die vom Volke selbst gewollten weiteren Gestaltung dieser Fragen bringen sollen. Die Versprechungen innerhalb der früheren und schließlich wiederum zu einer politischen Gemeinschaft zusammengewachsene Koalitionsparteien zeitigen neue Vereinbarungen über die Bekämpfung bzw. Ausschaltung fulturpolitischer Probleme aus dem Arbeitskomplex der neuen Regierung, ferner wichtige Entscheidungen über die grundfährliche Behandlung außerst brennender handelspolitischer Schwierigkeiten, die Auseinandersetzungen innerhalb des christlichsozialen Partei, in deren Schosse das Spiel der Kräfte zwischen den mannigfachen Strömungen, den Interessenkomplexen verschiedener sozialer Schichten, wie es bereits überall das Schicksal sozial-universaler Volksparteien geworden ist, in jeder Phase der androhenden parlamentarischen Reorganisation der wichtigste Schlüssel zur Lage war, brachten neue Erkenntnisse über die Verteilung der Kräfte, ihre Stärke und Gliederung, so daß auch in dieser Hinsicht monches Moment der Unschärfe verschwand, das bisher zur Unklarheit der Situation beigetragen hatte. Mag man daher auch viel und manchmal mit Recht von einem höchstens Eindruck der langwierigen Verhandlungen gesprochen haben, während dieser Zeit sind doch vielleicht mehr politische Fortschritte erzielt worden, als oft in vielen Monaten einer stabilen Regierung.

Ersi nach Schaffung grundsätzlicher Arbeitsmöglichkeiten ging man an die Entscheidung über Personenträger, die vorher zwar auch schon eine gewisse Rolle gespielt, aber nicht entscheidend gewesen waren. Nach den obigen Ausführungen kann es nicht wundernehmen, daß eine Neubefestigung wichtiger Rechtsnormen angestrebt wurde. Hatte der Bundeskanzler Dr. Seipel einerseits selbst den Wunsch fundgötter, die Leitung der Regierungsgeschäfte abzugeben, so muß es andererseits auch als psychologisch durchaus verständlich erscheinen, daß nicht derselbe Staatsmann in Verbindung mit seinem engsten Mitarbeiter auch die weitere Bekämpfung innerpolitisch zwar sehr bedeutsamer, aber im ganzen gesehen doch sekundärer Aufgaben übernehmen wollte, der die internationale Existenzförderung und finanzielle Förderung seines Landes mit einem Erfolge durchgeführt hatte, der vor der ganzen Welt mit Recht bewundert wurde. Das Überwiegende wirtschaftliche Momente für das weitere politische Gedanken Österreichs und für den notwendigen Ausgleich starker

volkswirtschaftlicher Gegensätze ließ von vornherein die Übernahme der Regierungsgeschäfte seitens eines Kabinetts mit wirtschaftlich besonders versierten Politikern als die zweitmögliche Lösung erscheinen. So kam es, daß eine Persönlichkeit zum Bundeskanzler berufen wurde, die bisher in erster Linie, in Theorie wie in Praxis, auf volkswirtschaftlichem Gebiete hervorgetreten war und deshalb auch allseitige Zustimmung fand.

Der neue österreichische Regierungschef Ernst Ritter von Stoevruwitz stammt aus einem vor 300 Jahren geadelten deutschböhmischen Adelsgeschlecht, zu deren vorliegendem Tradition wirtschaftliches und politisches Füllertum gehörte. Sein Vater, Reichsrats- und Landtagsabgeordneter Georg Adolf von Stoevruwitz, ließ seinen Sohn zunächst die militärische Laufbahn einschlagen. Nach einigen Jahren Militärdienstzeit als aktiver Offizier beim 7. Dragonerregiment widmete er sich dem technischen und juristischen Studium, um bald darauf in verschiedensten industriellen Positionen an führender Stelle tätig zu sein. Er gehörte dem Vorstand einer Reihe von wirtschaftlichen und technischen Vereinen an, war Vizepräsident des Wiener Handelsstamms sowie des Wiener Industrieklubs, Oberkurator der niederösterreichischen Landeshypothekenanstalt, Obmann des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie Niederösterreichs und erwarb sich große Verdienste als Bevollmächtigter der Regierung bei der Untersuchung über den Zusammenbruch der Zentralbank deutscher Sparkassen.

Ist die wirtschaftspolitische Arbeit des neuen Kanzlers, der u. a. auch an der Novellierung des österreichischen Solidaritätsregimes Anteil nahm, schon bisher weiteren Kreisen bekannt geworden, so war die Kenntnis von seiner wissenschaftlichen Tätigkeit auf kleinere Kreise beschränkt geblieben. U. a. stiftete er in einer Arzneiwerde „Panorganon“ eine Art „Zukunftsprogramm der Weltwirtschaft“, für das er neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit wie zwischen Industrie und Landwirtschaft verlangt und die Befreiung von abgestandenen Theorien und unbrauchbaren Phrasen fordert. Überall trat er für eine grundlegende Neugestaltung der Dinge ein.

Sein mit ebenso großem Ethos wie realpolitischer Klarheit erfülltes Weltbild trat schon in seiner Regierungserklärung klar zu Tage. Die Eindämmung einsetziger Parteipolitik, Derividerung des ständigen Parteibades, Schaffung der Voraussetzungen für einen nach seiner Aufstellung durchaus möglichen Arbeitsfrieden, Befreiung der Demokratie von jedem Druck seitens undemokratischer Faktoren, Hebung der Wirtschaft durch ein grundlegendes Wirtschaftsprogramm, sowie eine zweimäßige Handelspolitik sind einige der Hauptziele des neuen Kanzlers.

In seiner außenpolitischen Orientierung dominiert das Verhältnis Österreichs zum Deutschen Reich, dessen primäre Bedeutung für die internationale Lage Österreichs nicht nur in einem unkonventionell dergleichen Telegramm an den Kanzler des Reichs, sondern auch in seiner Eigenschaft als gleichzeitiger Außenminister des neuen Kabinetts an den ihm außenpolitischen Auslastungen in den Vordergrund rückt. Stoevruwitz ist immer der eifrigste Vorkämpfer des Gedankens einer Wirtschaftsunion mit Deutschland gewesen, der u. a. über Rhein und Donau als Wirtschaftsprogramm interessante neue Gesichtspunkte entwölft. Allerdings war seine Arbeit auf diesem Gebiete fast von sachlichen Voraussetzungen ausgegangen und hat sich billiger, sentimentaler Effektloskeiter enthalten.

Auch die anderen neuen österreichischen Minister verführen den Eindruck, daß das gegenwärtige österreichische Kabinett die Lösung der innen- wie außenpolitisch gleich wichtigen Wirtschaftsprobleme in erster Linie anstrebt. Der neue Vieghänsler und frühere Landeshauptmann von Kärnten, Schumy, hat sich nicht bloß im nationalen Abwehrkampf gegen das Vordringen des Slawentums im Süden Österreichs große Verdienste erworben, sondern ist auch ein bewährter Führer der im Landbau organisierten Bauernschaft von Kärnten. Dem neuen Finanzminister Dr. Mittelberger geht der Ruf voraus, die Vorarlberger Landesfinanzen in vorbildlicher Weise verwalzt zu haben, so daß gute Gewähr gegeben erscheint, daß er die herausragende finanzielle Begabung des bisherigen Finanzministers Dr. Kienböl zu erreichen vermag. Der neu gewählte Landwirtschaftsminister Födermayer wie der neue Leiter des Unterrichtsressorts Cermak haben sich auf den ihnen beiden zugewiesenen Gebieten bereits den Namen von hervorragenden Autoritäten verhaft, so daß man vom neuen Ministerium mit größter Berechtigung auf allen Gebieten gediegene sachliche Arbeit erwarten kann. Es besteht wohl kein Zweifel, daß das gesamte deutsche Volk die neue österreichische Regierung mit dem herzlichsten Wunsche begrüßt, sie möge die schweren Aufgaben, die ihr zu lösen übriggeblieben sind, zum Segen der deutschen Gesamtheit erfüllen.

Zum Tode Friedrich Lienhards.

Mit Friedrich Lienhard ist ein Mann dahingegangen, dessen ganzes dichterisches Verlangen auf eine Erfassung des inneren Menschen eingestellt war. Nicht nur seine Liebe zur Landschaft und angestammten Heimat des Elsas, viel mehr noch sein Streben nach einem Menschenbild voller Kraft und Keim, künstlerischer Bildung und Kunstkompetenz kam zum Neuanfang. Seine Werke, dramatischer und erzählerischer Natur, wurzeln in der deutschen Vergangenheit. Till Eulenspiegel, König Arthur, Gottfried von Straßburg, Wiesland der Schmied, Münchhausen, die Schildbürger sind die Vorlagen, denen er eine anmutige künstlerische Form sowohl im Lied wie in der Tragödie zu geben wußt. Lienhards Verhältnis zur geschichtlichen Vergangenheit, seine besondere Auffassung von der deutschen Klassik, seine geistige Demut vor Weimar, nicht zuletzt aber auch seine Gegnerhaft gegen die Moderne brachten ihm im Laufe der Jahre in einen starken Konflikt zu allem, was sich als neues künstlerisches Wollen an die Oberfläche wagte. Lienhard hielt mit der Entwicklung nicht Schritt. Der Industrialisierung der Wirtschaft und der damit verbundenen Entidealisierung des Lebens stand er, wenn nicht feindlich, so doch verständnislos gegenüber. Dagegen kann ein deutscher Stein des Anstoßes werden, bringt ihn mit allen denen in eine gemeinsame Kampffront, die die Zustände der großstädtischen Entwicklung nicht aus dem Soziologischen, sondern aus dem Geistig-Gemütskästchen beurteilen. Aus dieser rüdwärts gerichteten Einstellung heraus konnte er auch zu dem neuen Deutschland kein Verhältnis gewinnen.



Die Geltendmachung materieller Werte in Kunst und Politik schien ihm ständiger Abgrund zu sein. Er glaubte an die „soziale Höherfahrt“ der Völker durch Großtaten des Herzens, sogenannt den Großfaktor des Krieges“. Er hoffte den Monumenstus wie den Materialismus, fah die Genealogie der Menschheit auf einer mittleren Linie, dort wo Liebe wächst „zum Ewigem in den Dingen“. Sein Vertrauen auf Deutschlands Sendung war ungeheuer, aber nicht übermäßig. Den Hoffnung gegen England lehnte er mit dem seinen Gefühl für die darin ausgesprochene propagandistische Lüge ab. Sein Idealismus war ohne Folgk, wenn auch nicht ohne Fehler, „ob oder metaphysischen Welt. In wem dieses Erleben aufschlägt, der ist aus einem schwelenden Kometen ein herabgestürzter Planet und schließlich Sonne genommen; er hat die Wärmequelle oder die Gottheit fortan in seinem eigenen Innern.“ Lienhard hat nie begriffen, daß von der einfache Mann nicht mehr persönen konnte. Das fand sein ganzes Schrifttum um Weimar und die ausgearbeitete Geistigkeit jener Zeit nur an das Publikum mit Gymnasialbildung richtete, das er selber die Beziehung mit dem Naturboden der Landschaft verloren hatte und sich in einer Kulturlandschaft bewegte, die nun noch einem kleinen Kreis von Gelehrten etwas bedeutete. Der Roman „Oberlin“ durfte als sein gelungenstes Werk anzusehen sein. Zeigte hat er im „Thüringer Tagebuch“ verucht, diese Welt der deutschen Vergangenheit lebendig zu machen. Es ist ihm nicht gelungen trotz hoher Auflage. Die erkauften Welt der Luther, Goethe, Schiller, der heiligen Elisabeth und der Melusine kann sich nicht mehr wiederholen. Heute stampft die Maschine, furt der Webstuhl, hämmert die Motoren und hämmert den letzten Rest verträumter Romantik aus dem Gegenwart heraus. Der Geist dieser neuen Zeit erschließt sich nur dem Tätigen.

Dr. H.

Jugend und Politik / Von Ernst Hirschbach, stud. jur.

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Dieser zweite Satz der Weimarer Verfassung begründet das höchste Recht des deutschen Volkes, das Selbstbestimmungsrecht über sein Schicksal, aber er gründet auch zugleich die Pflicht der politischen Bildung. Gegenüber der sonstigen Geistesbildung ist diese politische Bildung in der Familie und in der Schule immer etwas zu kurz gekommen: „Politik verdient den Charakter“, der Junge soll dasselbe wöhnen wie wie, „Politik lernt man schon aus der Zeitung“ — mit solchen Gründen wurde die politische Erziehung vernachlässigt. Der Erfolg war eine erstaunliche große Anzahl von Gleichgültigen und Trägen, von Banderollenttern und eingeschlafenen Parteimitgliedern. Wie ist dem abzuholen? Nur durch Erziehung der Jugend zum politischen Denken. Denn nur in der Jugend kann die prinzipielle und weltanschauliche Grundlage der Parteien ihren „realpolitischen“ Kompromissen gegenüber in den Vordergrund gerückt werden. Wenn man erst einmal „im Leben steht“, seine Morgen- und Abendzeitung liest und eingeschriebenes Parteienglied ist, dann treten praktische Fragen, Fragen der Parteitätigkeit und Parteipolitik vollständig in den Vordergrund, und man vergisst ganz und gar, daß all die Entscheidungen, die jede Partei täglich in derlei Fragen stellt, man auswachsen aus einer festen und bestimmten Weltanschauung. Und man vergisst ferner, daß dieses Prinzipielle, dieses Programm einer konformistischen und einer liberalen Partei, auch wieder organisch herausgewachsen ist aus einem konformistischen und einem liberalen Menschenkreis, der immer bestanden hat und immer bestehen wird. Eltern und Schule müßten — erstmals — in den Jungen und Mädchen eine feste prinzipielle Grundlage schaffen, auf der sich dann das hohe und weitläufige Gebäude der realpolitischen Entscheidungen aufbauen kann. Aus einer festen Grundanschauung — sie mag sein, wie sie will — müssen die Entscheidungen in tagesspolitiischen Fragen organisch herauswachsen.

Zweitens: Nur die jungen Menschen, die sich in der Schule, auf Wanderschaften und in Vereinen ganz genau kennengelernt haben, nur sie werden es lernen, die Parteidurchdringlichkeit von der Persönlichkeit zu trennen, politische Gegnerschaft nicht mit Charakter- und Geistesähnlichkeit gleichzusetzen.

Dritte Sache, daß die Parteidurchdringlichkeit überschaut und zum Wertmaß des ganzen Menschen gemacht wird, ist für die Jugendlichen schon deshalb nicht allzu groß, wie die Politik bei ihnen ja nie die Hauptrolle spielt und auch gar nicht spielen soll. Sie soll aus ihrem Leben nicht ausgeschaltet sein, aber nie und nimmer sollen die Jungen etwa Politiker werden. Und so ist auch die Gefahr nicht zu befürchten, daß politische Debatten, Käfig und Zwielicht in die oft erst mühsam errungenen Schul- oder Vereinsgemeinschaften oder gar in die Familie treuen. Jugend, die durch lange Schulreise, durch Wanderschaften und gemeinsame Abende fest zusammengehalten ist, die wird politische Fragen mit derselben Leidenschaft und derselben Freude, aber auch mit derselben „Sachlichkeit“ behandeln, mit

der sie oft über Kunst und Literatur gesprochen hat. Über das wird sie lernen: daß jede politische Überzeugung sehr wohl ihre guten Gründe und schönen Ideale hat und daß jeder Partei anständige und vernünftige Leute angehören.

Drittens: In der Schule, bei den Freunden hat doch fast immer jede Anzahl, von der kommunistischen bis zur östlichen, wenigstens einen Vertreter; nur dort kann ein Junge aus der einseitigen politischen Atmosphäre des Elternhauses herausgerissen und mit dem Wollen und Streben aller Parteien bekanntgemacht werden. Wenn die Schule nicht für politische Aufklärung sorgt, dann ist es für einen großen Teil der Jugend für immer zu spät. Und das ist schließlich doch gerade das höchste Ziel der Erziehung: Zweck zu erreichen, Kämpfe zu stiften, fuchende Menschen zu bilden. Nichts ist schlimmer als sogenannte Überzeugungen, die auf nichts anderem beruhen als auf der Unkenntnis anderer Meinungen oder — noch schlimmer — auf der Faulheit, darüber nachzudenken. Da haben also die Eltern kein Recht einzusetzen und zu sagen: Verschont unsre Jungen mit Politik, er soll unsere politische Überzeugung erben, denn wir haben erkannt, daß sie die richtige ist. Nein, verehrte Eltern, wenn Ihre Überzeugung die richtige ist, wird er sich aus den vielen Ansichten, die ihm entgegenstehen, zu ihr durchringen. Aber dieses Ringen, dieses Kämpfen, das dort eben nicht fehlt, das ist, in der Politik wie überall, das Schönste und Menschlichste an ihm.

Und viertens: Mit neunzig Jahren macht der normale Schüler jetzt sein Abitur; ein Jahr später tritt er an die Wahlurne, um vielleicht über Sein oder Nichtsein von Generationen mitzubestimmen. Dieser Punkt ist nicht zu früh; — wenn Haus und Schule ihre Pflicht getan, wenn sie den Jungen politisch denken gelehrt haben.

Zu diesem politischen Denken ist kein junger Mensch zu jung. Natürlich da er nicht denselben Überblick und dieselbe Tiefe wie — vielleicht — fünfzig Jahre später, aber dann durchaus Jungen ja überhaupt über nichts diskutieren. Wenn sie sich über mittelalterliche Plastik unterhalten, so haben sie auch nicht denselben Überblick als ein Alterer, der mehr gelesen und gelebt hat, oder gar wie ein Kunsthistoriker, der sich speziell damit beschäftigt. Solange die Jugend überhaupt diskutiert und sich unterhält — und es gibt bestimmt nichts, was jeden Jungen so anregt, mitreißt, zum Mitdenken zwinge —, so lange sind sie zu politischen Debatten nicht mehr oder weniger unfehlbar als zu anderen.

Es gibt viele praktische Wege der Erziehung zur Politik. Politische Debatten in Deutsch- und Geschichtsklassen, politische Arbeitsgemeinschaften, Vereine für Politik, Vorträge und Diskussionen, schließlich, als Wichtigstes, die Unterhaltungen zu Hause. Die Hauptaufgabe ist, daß die unabdingbare Notwendigkeit einer Erziehung zur Politik erstmals erkannt wird, Mittel und Wege werden sich dann schon finden.

Chronik des Versailler Vertrages

Von Karl Linnebach.

I Zur Vorgeschichte

A. Die wirklichen Kriegsziele der Feinde Deutschlands¹⁾

Frühjahr 1872.

Präsident Thiers erklärt dem deutschen Botschafter Graf Arnim, daß Frankreich eine Änderung des Frankfurter Friedensvertrages anstreben müsse.



Thiers.

Zur Zeit freilich sei Frankreich nicht in der Lage, einen neuen Krieg zu führen. „Nach Verlauf vieler Jahre, wenn Frankreich zu Kräften gekommen sein würde, müsse natürlich das Bestreben in den Vordergrund treten, eine Entschädigung für die erlittenen Verluste zu suchen, und wenn Deutschland einmal in Verlegenheit mit anderen Mächten geraten sollte, werde der Augenblick zur Abrechnung gekommen sein; darum sei aber gar nicht gesagt, daß Frankreich in einem solchen Fall gegen Deutschland auffahren müsse. Es sei sehr wohl denkbar, daß Deutschland dann Frankreichs Allianz durch Konzessionen zu erkaufen geneigt sein würde, welche einen Krieg unnötig machen könnten.“

Bericht des Grafen Arnim vom 6. März 1872.

3. Dezember 1884.

Der französische Botschafter in Berlin, Baron Courcel, berichtet, Bismarck habe ihm gesagt: „Ich wünsche dahin zu kommen, daß Sie uns Sedan vergeben, wie Sie Waterloo vergeben haben,“ und fährt dann fort: „Wenn wir darauf hörten, würde vielleicht ein Nachfolger Bismarcks unsern Enkeln sagen: Ich wünsche, daß Sie uns eine neue Niederlage und eine neue Verschüttung verzeihen, wie Sie Sedan verzeihen haben.“ Das beweist, wie ruchlos, verhängnisvoll und folgenschwer der Leichtsinn der gewesen ist, die verbündet durch vorübergehende Parteiinteressen und irregeführt durch frigerische Geschichtslehrer, es versucht haben, in den Augen Frankreichs die Verträge von 1815 zu rechtfertigen und in den Herzen der Franzosen den Groll über die schmerzlichen Ampullationen jener Zeit zu beschwüdigten.“ (Mitgeteilt von Poincaré in der „Revue de la Semaine“ vom 11. Februar 1921.)

Januar 1912.

Französischer Ministerpräsident wird Poincaré, der in der „Revue de l'Université“ vom Oktober 1920 von sich bekannt hat: „In meinen Schulbüchern strichen meine Gedanken, verdüstert durch die Niederlage, beständig über die Grenze, die der Frankfurter Frieden uns aufgezwungen hatte, und wenn ich herniedergestiegen aus den Wolken meiner Träume, sah ich in der Hofnung, die verlorenen Provinzen wiederzugewinnen, den einzigen Lebenszweck meiner Generation.“



Poincaré.

1. August 1914.

Der russische Außenminister Savonov teilt „Die von Poincaré ausgesprochene Ansicht“ Rumänien und Italien dadurch zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Millemächte zu gewinnen, daß den Rumänen Siebenbürgen, den Italienern Valona versprochen wird.



Savonov.

3. August 1914.

Italienischer Botschafter in St. Petersburg nimmt mit russischem Außenminister das Gespräch „über die Bedingungen wieder auf, unter denen Italien sich entschließen würde, sich uns (Rußland und Frankreich) in Kampfe gegen Österreich anzuschließen“. Außer der Erwerbung des Trentino wünscht sich Italien „die Vorherrschaft auf dem Adriatischen Meer“ zu sichern und fordert zu diesem Zweck Valona. „Dabei wäre es bereit, auch zugunsten Griechenlands und Serbiens territoriale Vergrößerungen an der Adriatischen Küste zuzulassen.“

5. August 1914

Auf Grund einer Besprechung mit Poincaré und Viviani erklärt französischer Außenminister Doumergue dem russischen Botschafter



Doumergue.

Iswolski: Frankreich sei einverstanden, daß Rußland nach Verständigung Englands durch Frankreich die Verhandlungen mit Italien forsetze. „Wenn Italien in dem



Iswolski.

gegenwärtigen Krieg Russland, England und Frankreich seine Unterstützung gewöhlt, würde die französische Regierung gern damit einverstanden sein, daß Italien bei Friedensschluß ohne Rückwirkung auf nationale französische Forderungen Trentino und Valona erhält, wobei selbstverständlich Serbien und Griechenland ihrerseits territoriale Genugtuung an der adriatischen Küste erhalten.“ Auf Iswolskis Frage, „was die Wendung ohne Rückwirkung auf nationale französische Forderungen“ bedeute, antwortete Doumergue, daß sie Elsaß und Lothringen betreffe, deren Rückgabe an Frankreich in jedem Falle sichergestellt werden möge.

7. August 1914

Die englische Regierung nimmt die Grundlagen an, auf denen Italien zum Anschluß an Rußland und Frankreich veranlaßt werden soll, hält es aber für notwendig, auch noch Triest anzubieten. Frankreich teilt Rußland sein endgültiges Einverständnis mit und schlägt vor, „die Klausel von den

¹⁾ Literatur: Deutsches Werkblatt von 1919, „Deutschland schuldt!“, Graf Max Montgelas, Leitfaden zur Kriegsgeschichte, Berlin 1922. Friedlich Stève, Der diplomatische Schriftwechsel Iswolski 1911—1914. Janselle, Iswolski und der Weltkrieg. Derselbe, Iswolski im Weltkriege.

'nationalen Wünschen' Frankreichs auf die gleichen Wünsche Rußlands und Englands auszudehnen".

Der russische Außenminister teilt dem Botschafter in Paris mit: Rußland, Frankreich und England sind geneigt, "Italien den Erwerb des Trentino, Triests und Vaucluse nebst einer Vormachtstellung im Adriatischen Meere zu überlassen, wo außerdem an der Küste eine Gebietserweiterung zugunsten Serbiens und Griechenlands zugelassen werden würde unter der Bedingung, daß Italien seinerseits unverzüglich unter einem beliebigen Vorwand

Ostreich den Krieg erklärt und, indem es seine Flotte zur Versperrung des Auswegs der österreichischen Flotte aus der Adria vorstellt, mit seinen Truppen das Trentino besiegt". Der russische Botschafter in Rom wird angewiesen, mit dem italienischen Außenminister in diesem Sinne zu sprechen, "und ihn von der Notwendigkeit zu überzeugen, in einem derartigen historischen Augenblick entschlossen vorzugehen".

19. August 1914.

Am 18. August hatte der russische Botschafter in Paris, Iswolski, über den gewaltsamen Eindruck berichtet, den die Havas-Nachricht über den Beschuß des Zaren: „die territoriale Unvereintheit Polens wiederherzustellen und ihm die volle Autonomie unter Leitung eines Statthalters Seiner Majestät zu schenken", in Paris hervorgerufen habe. Verleiher der polnischen Kolonie in Paris hätten ihm u. a. gegeben, „ihnen genaue Angaben darüber zu machen, welche Art Staatsverfassung wir Polen zu geben planten". „Ich gestalte mir zu sagen, daß es vielleicht erwünscht wäre, mit dem hiesigen politischen Komitee direkte Beziehungen herzustellen und es zur erforderlichen Propaganda unter den deutschen und österreichischen Polen zu benutzen. Ich bitte um Weisungen." Der russische Außenminister antwortet am 19. August: „Havas-Agentur hat . . . das Wort 'Selbstverwaltung' offenbar mit dem Terminus 'Autonomie' übersehlt, was Veranlassung zu falschen Schlüssen geben könnte. Vorläufig ist es verfrüht, die im Aufruf enthaltenen allgemeinen Versprechungen in juristische Formeln zu kleiden. Die gewohnte gesetzgebende Tätigkeit des Landes (Rußland) ist notwendigerweise zeitweilig eingestellt worden. Die als unauschiebbare angesessenen Bedürfnisse Rußlands treten hinter den Forderungen der Kriegszeit zurück. Damit die Versöhnung des polnischen Volkes mit Rußland zu einer aufrichtigen und gefestigten wird, ist Vertrauen und duldsame Bereitwilligkeit, alle Fragen bis zur Beendigung des Krieges zu verlagen, erforderlich; eine solche Auffassung ist von unserer Reichs-

duma bekundet worden; eine solche müssen sich auch die Polen zu eigen machen. In diesem Sinne können Sie sich mit denen verständigen, die sich an Sie wegen Erklärungen wenden."

5. September 1914.

Im Londoner Abkommen verpflichten sich England, Frankreich und Rußland, keinen Sonderfrieden zu schließen, und vereinbaren, daß bei Friedensverhandlungen keiner der drei Verbündeten irgendwelche Bedingungen ohne vorheriges Einverständnis der beiden anderen stellen darf.

14. September 1914.

Der französische Botschafter Paléologue berichtet dem französischen Außenminister über eine Unterhaltung, in der der russische Außenminister Sasonow dem englischen Botschafter Buchanan und Paléologue, „seine nicht offizielle Ideen über die Haltung entwickelt", welche die Verbündeten mächtig einnehmen mügeln, wenn der gegenwärtige Erfolg ihrer Waffen von einem endgültigen Sieg gekrönt werden würde". Dabei teilte Sasonow in großen Zügen mit, „wie er sich die Veränderungen denkt, an deren Durchführung auf der Karte und in der Ordnung Europas die drei Alliierten interessiert sein würden:

1. Das hauptsächliche Ziel der Alliierten würde sein, Deutschlands Macht und seinen Anspruch auf militärische und politische Herrschaft zu brechen.

2. Die territorialen Änderungen müssen nach dem Nationalitätsprinzip bestimmt werden.

3. Rußland würde den unteren Lauf des Njemen und den östlichen Teil von Galizien annexieren. Es würde für Polen das östliche Posen, Schlesien und den westlichen Teil von Galizien annexieren.

4. Frankreich würde Elsass-Lothringen zurücknehmen und einen Teil des preußischen Rheinlandes und der Pfalz hinzuholen.

5. Belgien würde in . . . eine bedeutende territoriale Vergrößerung erhalten.

6. Schleswig-Holstein würde an Dänemark zurückgegeben werden.

7. Das Königreich Hannover wäre neu zu errichten.

8. Österreich würde eine dreifache Monarchie einrichten, die aus dem Kaiserreich Österreich, dem Königreich Böhmen und dem Königreich Ungarn bestehen würde. Das Kaiserreich Österreich würde nur die erblichen Provinzen umfassen. Das Königreich Böhmen würde das heutige Böhmen und die Slowaken umfassen. Das Königreich Ungarn mügte sich mit Rumänien über Transsilvanien verstädigen.

9. Serbien würde sich Bosnien, die Herzegowina, Dalmatien und den Norden von Albanien einverleiben.

10. Bulgarien würde von Serbien eine Kompensation in Mazedonien erhalten.

11. Griechenland würde sich den Süden von Albanien mit Ausnahme von Valona aneignen, das an Italien kommen würde.

12. England, Frankreich und Japan würden die deutschen Kolonien unter sich teilen.

13. Deutschland und Österreich würden eine Kriegsentschädigung zahlen müssen."

„Herr Sasonow hat uns . . . dringend gebeten, dieser Skizze eines Gemäldes, dessen Leinwand noch nicht gewesen sei, keine offizielle Bedeutung beizulegen. Aber einige Worte, die er mir besonders zuraunte, haben mich verstehen lassen, daß es ihm darauf ankommt, uns bereits in seine Gedankengänge einzuhülen, und daß er mehr denn je Wert darauf legt, in enger Fühlung mit uns zu sein."

13. Oktober 1914.

Der russische Botschafter Iswolski berichtet über eine Unterhaltung mit dem französischen Außenminister Delcassé über französische und russische Kriegsziele. Delcassé erklärt, er habe 1913 „sehr offen und ganz offen"



schickl, mit seinen Truppen das Trentino besiegt". Der russische Botschafter in Rom wird angewiesen, mit dem italienischen Außenminister in diesem Sinne zu sprechen, „und ihn von der Notwendigkeit zu überzeugen, in einem derartigen historischen Augenblick entschlossen vorzugehen".

19. August 1914.

Am 18. August hatte der russische Botschafter in Paris, Iswolski, über den gewaltsamen Eindruck berichtet, den die Havas-Nachricht über den Beschuß des Zaren: „die territoriale Unvereintheit Polens wiederherzustellen und ihm die volle Autonomie unter Leitung eines Statthalters Seiner Majestät zu schenken", in Paris hervorgerufen habe. Verleiher der polnischen Kolonie in Paris hätten ihm u. a. gegeben, „ihnen genaue Angaben darüber zu machen, welche Art Staatsverfassung wir Polen zu geben planten". „Ich gestalte mir zu sagen, daß es vielleicht erwünscht wäre, mit dem hiesigen politischen Komitee direkte Beziehungen herzustellen und es zur erforderlichen Propaganda unter den deutschen und österreichischen Polen zu benutzen. Ich bitte um Weisungen." Der russische Außenminister antwortet am 19. August: „Havas-Agentur hat . . . das Wort 'Selbstverwaltung' offenbar mit dem Terminus 'Autonomie' übersehlt, was Veranlassung zu falschen Schlüssen geben könnte. Vorläufig ist es verfrüht, die im Aufruf enthaltenen allgemeinen Versprechungen in juristische Formeln zu kleiden. Die gewohnte gesetzgebende Tätigkeit des Landes (Rußland) ist notwendigerweise zeitweilig eingestellt worden. Die als unauschiebbare angesessenen Bedürfnisse Rußlands treten hinter den Forderungen der Kriegszeit zurück. Damit die Versöhnung des polnischen Volkes mit Rußland zu einer aufrichtigen und gefestigten wird, ist Vertrauen und duldsame Bereitwilligkeit, alle Fragen bis zur Beendigung des Krieges zu verlagen, erforderlich; eine solche Auffassung ist von unserer Reichs-



sehlt, was Veranlassung zu falschen Schlüssen geben könnte. Vorläufig ist es verfrüht, die im Aufruf enthaltenen allgemeinen Versprechungen in juristische Formeln zu kleiden. Die gewohnte gesetzgebende Tätigkeit des Landes (Rußland) ist notwendigerweise zeitweilig eingestellt worden. Die als unauschiebbare angesessenen Bedürfnisse Rußlands treten hinter den Forderungen der Kriegszeit zurück. Damit die Versöhnung des polnischen Volkes mit Rußland zu einer aufrichtigen und gefestigten wird, ist Vertrauen und duldsame Bereitwilligkeit, alle Fragen bis zur Beendigung des Krieges zu verlagen, erforderlich; eine solche Auffassung ist von unserer Reichs-

mit dem russischen Außenminister Sasonow darüber gesprochen „und sich von der Gleichheit der sowohl von Frankreich als auch von Rußland verfolgten Ziele überzeugen können. Für sich selbst strebe Frankreich in Europa keinerlei Landerwerbungen an, mit Ausnahme selbstverständlich der Rückgabe von Elsaß-Lothringen. In Afrika strebe es ebenfalls nach keinen neuen Erwerbungen und begnige sich mit der Vernichtung der letzten Überreste der Algecirasakte und der Regulierung einzelner kolonialer Grenzen. Ferner sei das Hauptziel Frankreichs – und darin seien alle drei verbündeten Mächte vollkommen solidarisch – die Vernichtung des Deutschen Reiches und die möglichst Schwächung der militärischen und politischen Macht Preußens. Es sei notwendig, es so einzurichten, daß die einzelnen deutschen Staaten daran selbst interessiert sein werden. Über die Einzelheiten der künftigen Gestaltung Deutschlands zu reden, sei noch zu früh. England werde wahrscheinlich die Wiederherstellung der Selbständigkeit Hannovers fordern, und dem würden natürlich weder Rußland noch Frankreich Hindernisse in den Weg legen. Schleswig und Holstein müßten zu Dänemark kommen, ungeachtet des zweideutigen Verhaltens der dänischen Regierung. England suche ebenfalls nach keinen Erwerbungen in Europa, werde aber eine koloniale Erweiterung auf Kosten Deutschlands verlangen, wogegen Frankreich keinen Widerspruch erhebe. Was Rußland betrifft, so würden seine territorialen Forderungen in allgemeinen Zügen von selbst bestimmt, und Frankreich sei selbstverständlich von vornherein mithin einverstanden. Außerdem berief die Verhandlungen darauf hin, daß die Forderungen und Wünsche Frankreichs die gleichen geblieben sind, mit Ausnahme des umgangänglichen Wunsches, die politische und wirtschaftliche Macht Deutschlands zu vernichten. Die Notwendigkeit dieses Umsandes wird von der sich ergebenden Konjunktur diktiert, insbesondere durch den Eintritt Englands in den Krieg, und die französische Regierung besteht auf der Erreichung dieses Ziels, da sie der Ansicht ist, daß das in gleicher Weise nicht nur für Frankreich, sondern auch für die anderen Staaten und sogar für die ganze Welt wichtig ist. Am wenigsten bestimmt sprach sich Delcassé über die Zukunft der österreichisch-ungarischen Monarchie aus. Diese Frage interessierte die Franzosen weit weniger als das Schicksal des Deutschen Reiches. Außerdem muß man, obwohl Delcassé das Gegenteil versicherte, im Auge behalten, daß unzweifelhaft gewisse Sympathien der Franzosen für Österreich-Ungarn bestehen... Ebensole Sympathien bestehen in noch weit stärkerem Maße in England... Daher erscheint



dem werde Rußland natürlich die Freiheit der Meere und in dieser Beziehung ausreichende Garantien verlangen, und hier werde Rußland weitgehende Unterstützung von Seiten Frankreichs finden, das in dieser Frage einen für uns nützlichen Einfluß auf England ausüben könnte. Dabei bat Delcassé, indem er sich auf die Verhandlungen berief, die 1913 in Petersburg stattgefunden haben, eindringlich Ihre (Sasonows) Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Forderungen und Wünsche Frankreichs die gleichen geblieben sind, mit Ausnahme des umgangänglichen Wunsches, die politische und wirtschaftliche Macht Deutschlands zu vernichten. Die Notwendigkeit dieses Umsandes wird von der sich ergebenden Konjunktur diktiert, insbesondere durch den Eintritt Englands in den Krieg, und die französische Regierung besteht auf der Erreichung dieses Ziels, da sie der Ansicht ist, daß das in gleicher Weise nicht nur für Frankreich, sondern auch für die anderen Staaten und sogar für die ganze Welt wichtig ist. Am wenigsten bestimmt sprach sich Delcassé über die Zukunft der österreichisch-ungarischen Monarchie aus. Diese Frage interessierte die Franzosen weit weniger als das Schicksal des Deutschen Reiches. Außerdem muß man, obwohl Delcassé das Gegenteil versicherte, im Auge behalten, daß unzweifelhaft gewisse Sympathien der Franzosen für Österreich-Ungarn bestehen... Ebensole Sympathien bestehen in noch weit stärkerem Maße in England... Daher erscheint

es mir überaus erwünscht, rechtzeitig und vollkommen bestimmt sowohl das Pariser als auch das Londoner Kabinett mit unseren Ansichten über diese Frage bekanntzumachen. Wenn ich meine persönliche Meinung sage, so lasse ich keine Gelegenheit vorübergehen, um hier auf die Notwendigkeit hinzuweisen, der Habsburger Monarchie am Ende zu bereiten, da sie einen vollkommenen Anachronismus darstellt, und die zu ihrem Bestande gehörigen Völkerschaffen, mit Ausnahme der Polen, zu einer selbständigen politischen Existenz aufzufordern. Dabei laucht unfehlbar eine ganze Reihe im höchsten Grade komplizierter politischer, geographischer und ethnographischer Fragen auf, über die man hier sehr wenig, in vielen Fällen aber falsch unterrichtet ist. Eine und vielleicht die wichtigste dieser Fragen ist der künftige Bestand des serbischen Königreiches. Ich bemühe mich, hier den Gedanken an einen einheitlichen und starken serbo-kroatischen Staat mit Einschluß Istriens und Dalmatiens... als ein notwendiges Gegen gewicht gegen Italien, Ungarn und Rumänien zu verbreiten. Zu diesem Zwecke habe ich Delcassé den hier eingetroffenen bekannten serbisch-kroatischen Politiker, den ehemaligen Abgeordneten des ungarischen Abgeordnetenhauses Supilo, einen eifrigsten Verfechter dieses Gedankens, vorgestellt. Meine Beweisgründe bleiben augenscheinlich nicht ohne Eindruck auf Delcassé, doch ich halte es für überaus wünschenswert, ihn eingehend und in autoritativer Weise mit unserem Plan für die künftige Gestaltung Österreich-Ungarns bekannt zu machen... Ich bitte um dringende Mitteilung, über welche Summe ich für die Organisation der Propaganda der oben angegebenen Idee verfügen darf...“

26. April 1915.

Abschluß des Vertrages Italiens mit den Verbündeten über Italiens Teilnahme am Krieg. Italien verpflichtet sich zur Teilnahme am Krieg „mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften“, und zwar „in möglichst naher Zukunft und in jedem Falle nicht später als einem Monat nach Unterzeichnung.“ Dafür soll Italien beim kommenden Friedensschluß erhalten: „das Gebiet des Trenfino, ganz Südtirol bis zu seiner natürlichen geographischen Grenze, als welche der Brenner anzusehen ist; Stadt und Gebiet von Triest, die Grafschaften Görz und Gradisca; ganz Istrien bis zum Quarnero mit Einschluß Voloskas und der istrischen Inseln Cherso und Lussin und gleichfalls den kleineren Inseln Pianina, Unie, Canidole, Palazzoli sowie den Inseln St. Peter von Nembì, Asinello und Gruica nebst den benachbarten Inseln“. „In gleicher Weise erhält Italien die Provinz Dalmatien in ihrer jetzigen Gestalt... alle nördlich und westlich der dalmatischen Küste gelegenen Inseln.“ „Italien erhält zu vollem Eigentum Valona, die Insel Sasseño und ein genügend umfangreiches Gebiet, um es in militärischer Hinsicht zu sichern.“ „Wenn Italien das Trenfino und Istrien... Dalmatien und die Inseln des Adriaischen Meeres... sowie den Busen von Valona erhält“, soll es sich der Aufteilung der nördlichen und südlichen Grenzstriche Albaniens zwischen Montenegro, Serbien und Griechenland nicht widersetzen. „Italien erhält zu vollem Eigentum alle von ihm jetzt besetzten Inseln des Dodekanes.“ Großbritannien, Frankreich und Rußland erkennen das Recht Italiens an, „bei einer Teilung der Türkei einen gleichen Anteil wie die genannten drei Staaten an dem Mittelmeerrebecken zu erhalten... Auf gleiche Weise sollen die Interessen Italiens auch in dem

Falle Beachtung finden, wenn die territoriale Unvereinbarkeit der asiatischen Türkei durch die Mächte auch für einen weiteren Zeitschnitt aufrechterhalten werden, und wenn nur eine Abgrenzung zwischen den Einflussphären stattfinden sollte.“ „In Libyen werden Italien alle diejenigen Rechte und Ansprüche zuerkannt, welche auf Grund des Vertrages von Lausanne bis jetzt noch dem Sultan zustanden.“ „Italien erhält denjenigen Teil der Kriegskontribution, der dem Maß seiner Opfer und Anstrengungen entspricht.“ „Im Falle der Erweiterung des französischen und englischen Kolonialbesitzes in Afrika auf Kosten Deutschlands erkennen Frankreich und Großbritannien grundsätzlich das Recht Italiens an, für sich gewisse Kompensationen im Sinne einer Erweiterung seiner Besitzungen in Erythräa, im Somalia-Land, in Libyen und in den an Kolonien Frankreichs und Englands grenzenden Kolonialgebieten zu verlangen.“ „Frankreich, England und Rußland nehmen die Verpflichtung auf sich, Italien darin zu unterstützen, daß Vertreter des Heiligen Stuhles zu irgendwelchen diplomatischen Schriften betreffend den Abschluß eines Friedens oder der Regulierung von Fragen,



die mit dem gegenwärtigen Kriege zusammenhängen, nicht zugelassen werden sollen.“ Der Vertrag soll geheimgehalten werden.

17. August 1916.

Abschluß des Bündnisvertrages zwischen Rumänien und den Verbandsmächten. 1. Die Verbandsmächte garantieren die territoriale Integrität Rumäniens in ihrem ganzen gegenwärtigen Umfang. 2. Rumänien verpflichtet sich, Österreich-Ungarn den Krieg zu erklären. 3. „Großbritannien, Frankreich, Italien und Rußland erkennen Rumänien das Recht zu, die im Artikel 4 angegebenen und begrenzten Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie zu annehmen.“ 4. Das im Artikel 4 angegebene zu annexierende Gebiet umfaßt die Bukowina, ganz Siebenbürgen, große Teile der ungarischen Tiefebene, ferner das Banat. 5. Die vertragschließenden Mächte verpflichten sich, keinen Sonderfrieden und den gemeinsamen Frieden nur mit gegenseitigem Einverständnis und gleichzeitig zu schließen. „Frankreich, Großbritannien, Italien und Rußland verpflichten sich ebenfalls, daß im Friedensvertrag die im Artikel 4 festgesetzten Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie durch die rumänische Krone annexiert werden.“ Geheimhaltung des Vertrages bis zum allgemeinen Friedensschluß wird ausdrücklich ver einbart.

12. Januar 1917.

Ministerpräsident Briand instruiert den Botschafter Paul Cambon (London) über französische Kriegsziele: Rück-

gabe Elsaß-Lothringens, „nicht als neuer Zu wachs“, sondern „als unser Eigenum“, aber nicht in den verschmählten Grenzen von 1815, sondern in den Grenzen vor 1790, einschließlich des ganzen Saarbeckens, „dessen Besitz für unsere Industrie wesentlich ist“. Die „Wiedergewinnung der Rheinprovinzen, die uns vor hundert Jahren geraubt wurden“, wird zwar von „guten Köpfen in Frankreich“ gefordert, könnte aber „als eine Eroberung angesehen“ werden und Schwierigkeiten bereiten. Daher besser einen Zustand herstellen, „der eine Sicherheit für Europa ebenso wie für uns bietet, und der eine Deckung vor unserem Gebiet schafft.“ Deutschland darf „mit keinem Fuße mehr über dem Rheine stehen.“ Die Organisation dieser Forderungen ist anzuregen. Frankreich muß die entscheidende Stimme bei der Lösung der Frage haben.

12. Februar 1917.

Russisches Außenministerium an russischen Botschafter in Paris: „Auf einer Audienz machte Herr Doumérue (französischer Abgeordneter, in besonderer Mission in Petersburg) dem Kaiser Mitteilung von dem Wunsche Frankreichs, sich nach der Beendigung des jüngsten Krieges die Rückgabe Elsaß-Lothringens und eine besondere Stellung für das Saarbecken zu sichern, ferner die politische Abtrennung der linksrheinischen Gebiete von Deutschland zu erreichen und diese auf einer besonderen Grundlage zu organisieren, damit der Rhein für die Zukunft eine sichere strategische Grenze gegen einen deutschen Einfall bildet. Doumérue sprach die Hoffnung aus, daß die Kaiserliche Regierung sich nicht weigern würde, sofort ihr formelles Einverständnis mit diesen Vorschlägen auszusprechen. Seine Majestät geruhte, sich hiermit prinzipiell einverstanden zu erklären, infolgedessen bat ich Doumérue, sich mit seiner Regierung in Verbindung zu setzen und mir den Entwurf eines Abkommens mitzuteilen, das durch einen Notenwechsel zwischen dem französischen Botschafter und mir formell vollzogen werden könnte. Indem wir auf diese Weise den Wünschen unseres Bundesgenossen entgegenkommen, halte ich es dennoch für meine Pflicht, an den Standpunkt zu erinnern, den die Kaiserliche Regierung im Telegramm vom 9. März 1916, Nr. 948, eingenommen hat: „daß, indem wir Frankreich und England volle Freiheit in der Bestimmung der westlichen Grenze Deutschlands überlassen, wir unsererseits damit rechnen, daß unsere Verbündeten ihrerseits uns die gleiche Freiheit in unseren Grenzregulierungen mit Deutschland und Österreich-Ungarn einzuräumen.“ Daher gibt uns der bevorstehende Notenaustausch über die von Doumérue angeregte Frage Anlaß, die französische Regierung zu bitten, uns gleichzeitig ihr Einverständnis damit zu bestätigen, daß sie Rußland in der Sache der Bestimmung seiner zukünftigen westlichen Grenzen volle Handlungsfreiheit läßt... Wollen Sie sich bitte im oben angeführten Sinne mit Briand aussprechen und mir die Ergebnisse telegraphisch mitteilen.“



der Theiß und das Banat. 5. Die vertragschließenden Mächte verpflichten sich, keinen Sonderfrieden und den gemeinsamen Frieden nur mit gegenseitigem Einverständnis und gleichzeitig zu schließen. „Frankreich, Großbritannien, Italien und Rußland verpflichten sich ebenfalls, daß im Friedensvertrag die im Artikel 4 festgesetzten Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie durch die rumänische Krone annexiert werden.“ Geheimhaltung des Vertrages bis zum allgemeinen Friedensschluß wird ausdrücklich ver einbart.

12. Januar 1917.

Ministerpräsident Briand instruiert den Botschafter Paul Cambon (London) über französische Kriegsziele: Rück-

Zur Zeitgeschichte

Chronik des Vertrages von Versailles.

Beginnend im zweiten Mai-Hoft, endend im zweiten Fest des Dezemberts 1929, erscheint regelmässig als vierseitige Beilage zum „Heimatdienst“ eine „Chronik des Vertrages von Versailles“. Sie enthält eine forschtig geordnete Zusammenstellung der wichtigsten Daten, Vorgänge und Personen aus der zehnjährigen Geschichte des Vertrages. Wie hoffen, unsern Lesern damit einen wertvollen Gedächtnishelfer zu geben.

Die Tagung der Vorbereitenden Abstüzungskommissionen.

he. — Am 15. April trat der vor vier Jahren eingeführte Vorbereitungsausschuss für die Abstüzungskonferenz nach einjähriger Beratungspause zu seiner sechsten Tagung in Genf zusammen. Unter dem Vorſitz des holländischen Gejandten in Paris, Jonkheer F. van den, nahmen diesmal 28 Staaten mit etwa 150 Delegierten und Sachverständigen an der neuen Tagung teil, darunter drei Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, Sowjetrußland und die Türrkei.

Der Abschluss der vorjährigen Tagung, die vom 15. bis 24. März dauerte, befand darin, den russischen radikalen Abstüzungsvorſchlag gegen die deutschen und russischen Stimmen zu verwerten, den deutschen Antrag auf Veröffentlichen des Rüstungsteams und den gemeinsameren russischen Vorſchlag für schrittweise Abstüzung dem Studium der Regierungen zu empfehlen und ihre Prüfung auf der nächsten Tagung vorzunehmen. Die Wiederberüterung der Kommission zur Vornahme der zweiten Sezung des Konventionsentwurfes wurde dem Präsidenten überlassen, der die Kommission einberufen sollte, „obwohl er sich eine fruchtbringende Tagung verspricht, jedoch wenn möglich vor der nächsten Bundesversammlung.“

Die Völkerbundssitzung tagte, ohne daß vorher die „Commission préparatoire“ ihre Beratungen wieder aufnahm. So kam es im September 1928 zu den lebhaften Abstüzungsdiskussionen im Plenum, die durch die bekannte Rede des Reichsanzellers Müller eingeleitet wurde. Das Ergebnis der damaligen Debatte war abermals eine platonische, in sich widerprüfende Entscheidung. Die Versammlung nahm unter Stimmenthaltung Deutschlands und Ungarns eine Resolution an, die lediglich dem Vorbereiter der Vorbereitenden Kommission nahelegte, diese möglichst zu Beginn des Jahres 1929 einzuberufen, in der aber vor der Einberufung einer ersten Abstüzungskonferenz mit keinem Wort die Rode war, sondern alles von der Einigung der Sonnämte über die Streitfrage der Flottenbeschränkung nach Gesamttonnage oder Schiffstypen abhängig gemacht wurde. Dieser Beschluß bedeutete teilweise Abdankung des Völkerbundes, denn er sah davon ab, eine klare Erfüllung der im Artikel 8 des Völkerbundspflichten verpflichtung der Mitglieder zu sichern, der diese zu einer „Herabstüzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß verpflichtet, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzielung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliche Vorgaben vereinbar ist“, und in dem die Vertragsschmäde verprach, „sich in den öffentlichen und erforderlichen Weise genügend jede Auskunft über den Stand ihrer Rüstung, über ihr Heer, Flotten- und Luftstreitkräfteprogramm und über die Lage ihrer auf Kriegszwecke eingesetzten Industrie zu lassen“.

Vor der sechsten Tagung eröffnet wurde, daß der deutsche Delegierte, Graf Bernstorff, dem Präsidenten der Abstüzungskommission eine Denkschrift überreichte, die den Zweck verfolgte, auf die Fragen aufmerksam zu machen, die nach deutscher Auffassung unbedingt den Bestandteil eines internationalen Abstüzungskontraktes bilden und auf der Tagung der Abstüzungskonferenz zur Erörterung gestellt werden müßten.

Das Memorandum macht eine ganze Reihe konkreter, praktischer Vorschläge, wie bei klarer richtiger Feststellung die internationale Abstüzungskonferenz hinreichende Arbeit bekommen könnte. Das Wesentliche an den Vorschlägen und Wünschen des Memorandums ist die Herausarbeitung des Grundtages, daß die Befrüchtung und Begrenzung der Rüstungen sich nur auf die im Frieden bestehenden Rüstungen beziehen könnten, von denen das sogenannte Potentiel de guerre stark zu trennen sei. Ferner, daß neben dem personellen Faktor der heute hervorragend wichtige materielle Faktoren herausgehoben wird, und daß beide Faktoren in bindenden Beziehungen zueinander gestellt werden.

Die sechste Komiteetagung stand seit ihrem Zusammentreffen unter einem unheilsamen Stern, da ihr Vorsitzender London die Tagung mit der Erklärung eröffnete, daß die zweite Sezung des Abstüzungskonventionentwurfes gar nicht beabsichtigt sei, und erft

nach bestigtem Protest des deutschen Vertreters ließ er sich zu der Erklärung herbei, daß das Tagungsprogramm seinem Inhalt nach „einer zweiten Sezung gleichkomme“. Kein Wunder, daß dieser Aufschub den ganzen Beratungen den Stempel aufdrückte.

Als Ergebnis aus dem Beratungen über das sowjetische Teilaufbauprojekt ergibt sich die Tatsache, daß der Ausflug durch die Annahme eines Gutachtens ausdrücklich die Vorbereitung einer tatsächlich und fühlbaren Herabstüzung der Rüstungen als Zweck seiner Arbeit erklärt, und daß der sowjetische Teilaufbauprojekt nicht, wie f. z. der russische Vorſchlag auf sofortige Totalabstüzung glatt abgelehnt wurde, sondern, ganz abgesehen von der Geltendmachung der sowjetischen Abstüzungsgrundlage, als Anlage zu dem eigenen Abstüzungsentwurf des Vorbereitungsausschusses an die Abstüzungskonferenz weitergeleitet wird.

Über das Ergebnis der nichtöffentlichen Sitzungen zur Frage des chemischen Krieges wurde vom Präsidenten eine zusammenfassende Darstellung verlesen, der zugestimmt wurde. Danach wird das Verbot der Anwendung von Giftgasen und ähnlichen chemischen Kampfmitteln von der Gegenfeuerstiftungsklausel abhängig gemacht und bleibt dementsprechend auf die Staaten beschränkt, die eine solche Verpflichtung eingehen. Generell verboten wird dagegen der bacteriologische Krieg.

Der deutsche Antrag auf Verbot des Bombenabwurfs aus jeder Art von Flugzeugen, den Graf Bernstorff in eindrucksvoller Weise unter Hinweis auf die unmittelbaren Folgen für die ungschädliche Zivilbevölkerung begründet, wurde gegen die Stimmen Hollands, Schwedens, Chinas, Sowjetrußlands und Deutschlands abgelehnt. In einer Zusatzabstüzung wurde einstimmig erklärt, daß mit dieser Ablehnung in keiner Weise eine Billigung von Angriffen aus der Luft auf Zivilbevölkerungen ausgetragen wird.

Die Aussprache über das Kapitel Luftstreitkräfte ergab verschiedene Zulassungstage, ohne die Frage zu einem Abschluß zu bringen.

Bei der Behandlung der Effektivitätsände der Landstreitkräfte gab der amerikanische Hauptdelegierte Gibson eine längere Erklärung ab, in der er die bisherige amerikanische Forderung einer Einbeziehung der ausgebildeten Reserven in das Abstüzungskonzept ließ. Bernstorff segt den bekannten deutschen Standpunkt: Über die Notwendigkeit der Einbeziehung der ausgebildeten Reserven entgegen und führt insbesondere die Gründe an, aus denen Deutschland auf die Anrechnung der ausgebildeten Reserven nicht verzichten kann. Bezugnehmend auf die Erklärung des amerikanischen Hauptdelegierten gab Bernstorff der Meinung Ausdruck, daß es seine Erachtung sehr zur Klärung der Lage und zu einer Beschleunigung der Arbeiten des Ausschusses beitragen würde, wenn die Delegierten, die sich zu Konzessionen bereit erklärt haben, sich möglichst bald darüber äußern würden, auf welchem Gebiete sie etwa Konzessionen zu gewähren geneigt sind.

Nachdem der Grundsatz der Einbeziehung der ausgebildeten Reserven abgelebt war, erklärte Bernstorff, daß die deutsche Delegation der Mehrheit des Ausschusses die vollkommene Verantwortung für den weiteren Gang der Abstüzungsvorarbeiten überläßt. Die Mehrheit sei in ihren Beschlüssen frei, und solle nunmehr zeigen, wie sie eine fühlbare Herabstüzung der Landstreitkräfte erreichen wollen.

Nach Ablehnung dieser logischen Forderung fand sich auch in bezug auf das zweite entscheidende Postulat, die Anrechnung des losenenden Raums als aller Art, eine ablehnende Mehrheit zusammen. Damit haben deren Vertreter eine Art Umgehungsformel ausfindig gemacht, wonach die Begrenzung und Dementierung des Kriegsmaterials auf dem Wege wie die Veröffentlichung der Aussagen für solches Material gelöst werden müsse. Aber auch darin liegt noch nicht einmal die Verpflichtung zur Begrenzung; denn die bloße Veröffentlichung der Aussagen, die ja sehr vorsichtig zusammengestellt und errechnet werden können, verpflichtet noch nicht zu einer Einführung dieser Aussagen. Die als letzter Punkt auf der Tagesordnung stehenden Berichte des Sicherheitskomitees wurden ohne Aussprache angenommen.

Als negatives Fazit ist also festzuhalten: ein Verbot des Gasangriffs mittels Flugzeugen wurde abgelehnt, die Reserven wurden nicht zu Faktoren der Abstüzung erklärt, und die deutsche Theorie über die direkte Rüstungsbeschränkung wurde zugunsten der französischen über die indirekte, mit Hilfe der Budgetbeschränkung für Heeresaufgaben bewaffnete Rüstungsbeschränkung von der Mehrheit abgewiesen.

Damit ist der Mägerfolg auch der sechsten Konferenz der „commission préparatoire“ angewißlich geworden. Reichsausminister Dr. Stresemann hat auf dem Bankett der ausländischen

Preßfe am 9. Mai die Tagung treffend charakterisiert, wenn er ausführte: „Die Dinge liegen nach dem Verlauf des letzten Generalberatungen so, daß man äußerlich zwar von einer gewissen Belebung des Tempos sprechen kann, doch sich aber in der sachlichen Behandlung der Probleme eine Perspektive eröffnet hat, die in weitgehendem Maße ein Verfagen der Grundidee der allgemeinen Abschaffung befürchteten läßt.“

Von deutscher Seite ist einmäusegefäß und mit den stärksten Argumenten das gefragt und gelan worden, was zugunsten der Sache selbst notwendig und möglich war. Und auch die Vertreter der Mächte, die ein ehrliches Abrüstungsgebnis wünschten, haben dabei in gleicher Richtung mitgewirkt. Doch sie nicht die Mehrheit bildeten, ergibt sich zum Teil vielleicht aus der Begrenzung der Vollmachten und dem Einwirken auf bestimmte Einzelzüge, wie es die Vertreter der verschiedenen hochgeurteilten Mächte für ihre Pflicht hielten. Aber das fiasco dieser Vorbereitungsarbeit, das schließlich auch für die Mächte offenkundig geworden sein muß, kann und darf wieder die Abhaltung der endgültigen Abrüstungskonferenz, noch die Aufrollung des ganzen Problems vor diesem größeren Forum verhindern, und man wird es, wie Graf Bernstorff erklärt hat, einzuholen ablehnen müssen, das jenseits Verhältnisse der Mehrheit des Ausschusses in der Frage der Landabteilung als das letzte Wort der im Ausitus vertretenen und der dort fehlenden, aber auf der Konferenz vertretenen Regierungen anzusehen.

Die Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission endete am 6. Mai mit dem Beschuß, die erneute Zusammenserufung der Kommission dem Präsidenten zu überlassen.

Die zwölften Internationale Arbeitskonferenz.

Die 12. Internationale Arbeitskonferenz beginnt am 30. Mai d. J. in Genf. Auf ihrer Tagesordnung stehen folgende Fragen: 1. Verhütung von Arbeitsunfällen (zweite Beratung), 2. Unfallabschluß der Hafenarbeiter (zweite Beratung), 3. Zwangsarbeit in Kolonialländern (erste Beratung), 4. Arbeitszeit der Angestellten (erste Beratung).

Ferner wird der Konferenz wieder anlässlich der Vorlegung des anfangsreicheren Berichts des Direktors des Internationalen Arbeitsamts über die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsorganisation im letzten Jahre Gelegenheit zu eingehender Aussprache über die internationale Sozialpolitik gegeben sein.

Wie sich aus der Tagesordnung ergibt, steht die Frage der Verhütung von Arbeitsunfällen und des Unfallschutzes der Hafenarbeiter, d. h. des Schutzes der mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter gegen Unfälle in diesem Jahr bereits zu zweiter Beratung. Die vorjährige Konferenz hat beide Fragen in erster Beratung erledigt und je einen Fragebogen formuliert, der den Regierungen der Mitgliedstaaten zum Zwecke der Beantwortung zugestellt wurde. Auf Grund der eingegangenen Antworten liegt der diesjährige Konferenz zu jedem dieser beiden Gegenstände der Tagesordnung ein Bericht des Internationalen Arbeitsamts vor. Dem Bericht über die Verhütung von Arbeitsunfällen sind im Anhang zwei Entwürfe eines internationalen Vorschlags und ein Entwurf eines internationales Übereinkommens beigegeben. Während der Übereinkommensentwurf Vorschriften über die Gewichtsberechnung der zu Schiff beförderten Lasten enthält, sieht der eine der Vorschläge einwürfe allgemeine Richtlinien für gesetzliche Maßnahmen zur Unfallsicherung unter Mitwirkung der Vertreter der Arbeitgeberorganisationen vor. Der andere Vorschlagsentwurf enthält Maßnahmen über die Verantwortlichkeit hinsichtlich der Sicherung der mit motorischer Kraft betriebenen Maschinen.

Der Unfallschluß der mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter ist Gegenstand eines besonderen Punktes der Tagesordnung der 12. Internationale Arbeitskonferenz. Aus dem vorher besaglichen Bericht des Internationalen Arbeitsamts geht hervor, daß sich fast alle Regierungen für die Annahme eines Übereinkommens zu dieser Frage ausgesprochen haben. Ein Bericht ist im Anhang ein vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellter Entwurf eines Übereinkommens beigegeben. Diese Entwürfe des Internationalen Arbeitsamts für die Übereinkommen und Vorschläge dienen der Konferenz als Beratungsgrundlage.

Die Frage der Zwangsarbeit in Kolonialländern wird von der 12. Internationale Arbeitskonferenz in erster Lesung behandelt werden. Durch Artikel 421 des Friedensvertrages sind die Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation verpflichtet, ratifizierte Übereinkommen auch in ihren Kolonien Befreiungen und Protektoraten durchzuführen. Hierfür müssen jedoch in zahlreichen Fällen noch Vorausestellungen geschaffen und Probleme gelöst werden, wie z. B. die Abgeschaffung der Sklaverei, Übergang der Sklavenarbeit zur Lohnarbeit, Beseitigung der Zwangsarbeit, der Arbeit auf langfristigen Vertrag usw. Bereits die Völkerkundesammlung von 1926 hat eine Slaveerelitionvention beschlossen und das Internationale Arbeitsamt erachtet, zu prüfen,

mit welchen Mitteln vermieden werden kann, daß Zwangs- und Pflichtarbeit in den Kolonien einen Sklavenreißenden Charakter bekommt. Ein der 12. Internationale Arbeitskonferenz vom Internationalen Arbeitsamt vorgelegter Bericht über Zwangsarbeit behandelt diese Probleme eingehend. In diesem Bericht wird gesagt, daß die Beseitigung der Zwangsarbeit angestrebt werden muß. Sofern für gewisse Übergangszeiten noch Zwangsarbeit zulässig sein soll, darf sie nicht für private Unternehmer, sondern nur im öffentlichen Interesse unternommen werden und auch hier nur dann, wenn die Arbeiten unerlässlich sind, oder wenn die erforderlichen Arbeitskräfte nicht auf dem freien Arbeitsmarkt angeworben werden können. Als Magnatarbeitsdauer für solche Arbeiter schlägt das Internationale Arbeitsamt acht Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich vor. Kinder, Frauen, Greise und gebrechliche Personen sollen zu solchen Arbeiten nicht herangezogen werden dürfen. Der Lohnsatz soll sich nach den für die gleiche Arbeit bezahlten ortsbüdlichen Löhnen richten. Die erste Beratung dieser Frage auf der Internationale Arbeitskonferenz hat den Zweck, einen Fragebogen zu formulieren, der vom Internationalen Arbeitsamt den Regierungen zum Zwecke der Beantwortung zugehen wird. Auf Grund der eingehenden Antworten wird dann der nächsten Internationale Arbeitskonferenz im Jahre 1930 vom Internationalen Arbeitsamt ein Bericht vorgelegt werden, auf Grund dessen die Konferenz über die Annahme eines internationalen Übereinkommens oder Vorschlags über die Frage der Zwangsarbeit und die Art ihrer Regelung entschieden wird.

Nach dem gleichen Verfahren wird auch die Frage der Arbeitszeit der Angestellten behandelt. Zur diesjährigen Konferenz liegt ein Bericht des Internationalen Arbeitsamts über die gesetzliche und anderweitige Regelung der Arbeitszeit der Angestellten in mehr als 40 Ländern vor. Die Behandlung dieser Frage zeigt das Befreien der Internationalen Arbeitsorganisation, auch den Angestellten, der Arbeitszeitfreiheit zu gewähren, der einem großen Kreis von Arbeitnehmern durch das von der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1919 angenommene Washingtoner Übereinkommen über den Achtfunderttagen international zugesichert wurde. Ganz unterschiedlich das Washingtoner Übereinkommen nicht zwischen Arbeitern und Angestellten, aber sein Gültigkeitsbereich erstreckt sich nur auf die gewerblichen Betriebe, so daß die große Masse der Arbeitnehmer im Handel, in Büros und anderen nicht gewerblichen Betrieben nicht in den Genuss dieser Magna Charta kommen. Wie aus dem Bericht des Internationalen Arbeitsamts hervorgeht, hat die große Mehrzahl der Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation schon heute die Arbeitszeit der Angestellten gesetzlich begrenzt. Dazu kommt in zahlreichen Fällen noch eine tarifvertragliche Regelung. Es wird daher in Bezug auf die Anerkennung des Grundbades des Achtfunderttages auch für die Angestellten auf der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz kaum Meinungsverschiedenheiten geben. Schwieriger dürfte die Abgrenzung und internationale Festlegung des Begriffes „Angestellter“ sein, da hier in den verschiedenen Ländern Gesetzgebung und Rechtsprechung außerordentlich verschiedenartig sind. Es ist die Aufgabe der Konferenz, einen Fragebogen zu formulieren, der geeignet ist, für das in nächster Zeit zu verschließende Übereinkommen über den Arbeitsschutz der Angestellten eine brauchbare Grundlage zu schaffen.

Eine weitere Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz, die ausschließlich Schiffsfrachtfragen gewidmet ist, findet im Oktober d. J. in Genf statt.

Otto Baumann, Referent im Internationalen Arbeitsamt.

Wahlen in Dänemark und Finnland.

In Finnland wie in Dänemark haben die Regierungen Parlamente aufgelöst, weil sie bei entscheidenden Abstimmungen – dort mit dem Beamtenbefolgsungsgebot, hier mit dem ganzen Haushalt in der Minderheit blieben, und Neuwahlen ausgeschrieben. Dänemark hat die Krise am ersten gelöst. Hier hatten definitiv die Konseren, die drei Jahre lang die Regierungssparte der Bauernlinken geführt hatten, durch unbedingten Starthammer und Mangel an Weitblick die Regierung fallen lassen, indem sie durch die Opposition niederschlagen ließen und sich selbst die Stimme enthielten; während die Regierung glaubte, den Weitblick mit 42½ Millionen befreiten zu können, forderten die Konseren 46 Millionen und verwiesen wegen dieser geringfügigen Differenz dem Kabinett Madsen-Ulyssy die weitere Erfolglosigkeit. Dadurch wurde ein Wahlkampf unter der Parole der Abstimmung geführt, der nach allen Anzeichen zum Erfolg der Abstimmungsgesetz führen musste und auch führte. Den größten Gewinn trugen die Sozialdemokraten davon, die ihre Mandate von 55 auf 61 erhöhen konnten; die Radikalen (Demokraten) bewahrten ihre 16 Sitze, ebenso wie der deutsche Vertreter Schmidt-Wodder sein Mandat behielt, während die Konseren für ihren Rückgriff von 30 auf 24, die Linke wegen ihrer sozialpolitischen Haltung von 47 auf 43 zurück-

ging. Die kleine Gruppe der Bodenreformer (Rechtsverband) verneigte ihre zwei Sitze um einen dritten; ihre neuen Wähler durften vorwiegend der früheren nordisch-schwedischen Autonomie (Selvskyrke) Partei entstammen. Die bisherige Linken-Konferations-Mehrheit von 77 Mandaten der 149 des Folgetings war gebrochen und in eine gleich starke der Radikalen-Sozialdemokraten verwandelt, die nunmehr gemeinsam die Regierung unter dem sozialdemokratischen Führer Stauning gebildet haben.

Bemerkenswert an dieser Kabinetsbildung ist zunächst, daß seit vielen Jahren in Dänemark ein Koalitionsministerium bestand, gelommen ist. Bisher hatte man geglaubt, mit Minderheitsregierungen jeweils einer Partei auskommen zu können. Die Erfahrung und das Bedürfnis nach größerer Stabilität hat auch hier die stärkere Bindung der Koalition empfohlen. Man hat den Demokraten sogar fast des ihnen proportional zufallenden Fünftels ein Viertel des zwölf Portefeuilles eingeräumt, darunter mit die wichtigsten, wie das Ministerium des Außenfern, des Innern und der Justiz. Immerhin verbleiben das neuengründete Ministerium für Schifffahrt und Fischerei, das der Finanzen, der Landwirtschaft, der Arbeit und vor allem das Wehrmannisterium der Sozialdemokraten und weisen damit darauf hin, daß Stauning sowohl in wichtigen Wirtschaftsfragen wie in der Ablösung die dreijährige Politik der Linken im Sinne seiner Partei energisch verteidigen will. Die feine Bindung mit den Radikalen hängt ihr dabei eine gewisse Stetigkeit. Anderseits ist die dänische Außenpolitik zwangsläufig so festgelegt, daß zwischen den jüngsten Koalitionsparteien Abweichungen nicht denkbar sind; vielmehr dürft gerade die Persönlichkeit des neuen Außenministers Munk Pedersen, daß im Völkerbund verankerten eines besonders tatkräftig Vertretung finden werden. Der deutschen Minderheit haben die jüngsten dänischen Regierungsparteien, mindestens in den Fragen der kulturellen Selbständigkeit, das relativ größte Entgegennommen gezeigt, und es besteht die Hoffnung, daß dieses Entgegennommen auch praktische Ergebnisse zeitigen wird. Die meiste administrativen Ressorts des Innern und der Justiz bieten in den Händen von Demokraten dafür ebenfalls deftere Aussichten, als unter den bisherigen Verwaltern dieser Behörden aus der Bauernfamilie.

Im Innern tritt Stauning mit einem großen Programm auf, das die Befähigung der Arbeitslosigkeit, Aufbringung von Krisenbeihilfen, soziale Verteilung der Steuerlasten anstrebt, aber auch die Wiederaufnahme der Ablösung, die ihm unter seinem vorigen Kabinett 1924–26 nicht glückte, und — zweitwichtig in Verbindung damit — eine Verfassungsänderung, die eine Schwächung, womöglich Abhängigkeit der Ersten Kammer, des Landstings, zum Ziel hat. Das Landsting hatte seinerzeit mit seiner Mehrheit von 51 Linken und 12 Konsernen gegen 50 Sozialdemokraten und 8 Radikale die Ablösung verhindern lassen, und bei dem dort noch bestehenden Mehrheitsverhältnis ist einem neuen Ablösungsvorstoß kein besseres Schicksal zu prophezieren. In dieser Richtung stehen dem Kabinett Stauning fernerlich die schwersten Kämpfe bevor, wenn auch konervative und links-Puritaner auffallenderweise ihre eigenen Peers zur Nachgiebigkeit mahnen.

V. Finnland stellt das Kabinett Mantere, das zwölftes seit Beginnindung der Republik im Jahre 1919, mit noch ungünstigeren Aussichten in den Wahlkampf als die dänische Bauernfamilie es getan. Die 200 Abgeordneten des finnischen Reichstags sind nicht nur sozial, sondern auch national in Gruppen gesiedelt. Das Kabinett Mantere, das nur 54 Jahre im Amt ist, war nominell ein überparteiliches, wenn auch von seinen Ministern 5 der finnischen Freiheitspartei, 4 der finnischen Sammungspartei, 1 der Sozialdemokratie und 1 — wenigstens frider — der schwedischen Volkspartei angehörten. Die Regierung stützte sich bei der nun umstrittenen Vorlage der Erhöhung des Beamtengehaltes nur auf die beiden ersten Parteien mit 54 und 10 Abgeordneten sowie auf die 24 Stimmen der Schwedischen Volkspartei, während 52 Agrarier, 60 Sozialdemokraten und 20 Kommunisten dagegen standen; in der Abstimmung 62 der Regierungswahl (von insgesamt 68) gegen 128 Opposition (die insgesamt 132). Mantere forderte 20 Millionen finnmark für die Erhöhung der Beamtengehalte bei einer Aufbereitung von durchschnittlich 10 v. H. Begründend führte er Beispiele an, wie mehrere Richter des höchsten Gerichts ihre Stellungen mit Privatberufen vertauschen müssten, wie vier verschiedene Professoren der Rechtsfakultät von einem einzigen Professor verlesen werden, weil das niedrige Gehalt — das höchste Beamtengehalt beträgt 100 000 finnmark = 10 000 R. — nicht genügend Bewerber anziehe. Man lehnte die gleichmäßige prozentuale Aufbereitung als ungünstig für die untersten Beamten ab, und verschiedene Gegenanträge der Parteien mit geringeren Summen fanden jeweils auch keine Mehrheit. Entscheidend für die Ablehnung jeglicher Aufbereitung waren bei der Opposition zweifelso mehr gefühlsmäßige Momente. Bei den Agrarier war der alte Gegensatz zwischen Stadt und Land bestimmt. Bei den Arbeitsparteien wiederum, die vor einem Jahrzehnt vereint gegen die bürgerlichen Parteien, die „Welten“,

im blutigen Bürgerkrieg gestanden hatten, der wohl politisch liquidiert, aber im Gedächtnis noch nicht ausgelöscht ist, steht der Beamte noch immer als der sichtbare Dverteiter der „Weisen“ da. Ein schlechtes Wirtschaftsjahr gab schließlich den letzten Vorwand der, die Angelegenheit zu vertagen.

Auch hier ist klar, daß sich unter der Parole der Aufbereitung der Beamtensteuer keine Mehrheit für das Kabinett Mantere im Wahlkampf erschaffen läßt. Im Gegenteil, die Parteien, die hinter der jetzigen Regierung stehen, werden nur einbüßen, aber die Opposition ist ihrerseits auch durch kein positives Moment geeint. Der Widerstand zwischen finnischem Bürgerum und den Arbeiterparteien hat sich aufs neue, wenn auch nicht mit klaren Worten, aufgetan, und die Schwedische Volkspartei hat als Vertreterin der nationalen schwedischen Minderheit — etwa 12 v. H. der Gesamtbevölkerung — ihre eigenen Ansprüche anzumelden, die mit dem fortwährenden Erfärken des jungen Nationalstaates immer weniger Berücksichtigung gefunden haben. Das Kabinett Mantere hat die Wahlen auf den 1. Juli anberaumt.

Transjordanien und Irak.

Ein Beispiel imperialistischer Politik.

Vom Standpunkt einer für die Zwecke der britischen Empire-Interessen zugeschnittenen Mandatspolitik hätten Transjordanien und Mesopotamien Musterländer werden müssen, denn bei ihrer Gründung ist alles geschehen, um sie für diese Aufgabe vorzubereiten. Es ist weder der Stab der englischen Militärs noch der englischen Bürokratie, die an ihrer Weise Platz gefunden haben und die sich am Ende die Erziehung des beiden Zöglinge bemühten, daß die Entwicklung beider Länder dennoch anders verlief und daß sie für England zu Brüderlichkeit bekaumten Sorgen und Ärgernisse geworden. So weitgehend und so sehr ausgenommen die englische Kultivation vom strategisch-militärischen Standpunkt diesmal gewesen ist, im Politischen und im Wirtschaftlichen das hat versagt. Wenn sich daher in beiden Ländern die Schwierigkeiten zu häufen beginnen, so liegt der Grund darin, daß England in seine Rechnung zwei Faktoren nicht eingeschlossen hat: Das Erfärken des arabischen Nationalgefühls und den Drang der Vereinigten Staaten nach Expansion in Asien. Beide Elemente sind zwar noch nicht wirksam genug, um die Stellung Englands im Mittleren Osten zu bedrohen, aber sie befinden sich doch bereits in einer Phase der Entwicklung, die sich in Einzel-



erlebnissen unangenehm bemerkbar zu machen beginnt. Die Gefahr besteht, daß beide Kräfte sich eines Lages zusammenfinden und daß aus ihrer Koalition eine Gefahr erwächst, zu deren Überwelt England seine Mittel nicht mehr ganz genug sein werden. Ihr Zusammenschluß verhindert für das Schiff des Mittleren Ostens eine neue Perspektive, die seine Wirtschaft und Kultur nach anderen Zielen weist als der Gang der Eremiten nach dem Kriege zu verhindern scheint. Die Formel der vorderen Euphrat-Euphrat-Linie wird deshalb nicht mehr Europa gegen Asien lauten, sondern England gegen Amerika mit den Völkern des Orients als Hilfsstruppen in beiden Lagern. Neben Palästina werden Transjordanien und das Irak wegen ihrer Lage und ihrer materiellen Voraussetzungen hierbei eine wichtige Rolle als Kriegsschauplatz spielen. Von den beiden Ländern heißtigt Transjordanien als Anteile des Toten Meeres und durch die großen Phosphatkörper von Espat, das Irak aber vor allem durch die Ölfelder von Mosul einen starken Anreiz für die Besetzung amerikanischen Kapitals. Die ersten Plänefeilen und die offene Türe im Mittleren Osten haben bereits eingefügt. Amerikanische Missionare und politische Sachverständige schwärmen vor und sondieren das Terrain. Die amerikanische Automobilindustrie rüstet nach und steht bereits im Kampf mit den von England bewirtschafteten Eisenbahngesellschaften; im Hintergrund laufen die Auseinandersetzungen um das Mosaiköl Petroleum, bei der die alte Garde der amerikanischen Wirtschaft, die Vacuum Oil und die Standard Oil, ins Feld geführt werden.

Bei der Schaffung von Transjordanien und dem Irak haben die Interessen des englischen Middle East noch nicht entfernt an die Möglichkeit gedacht, dem angelsächsischen Vater und Bundesgenossen aus dem Weltkrieg in diesem Teile der Erde als Alaten zu begegnen. Deshalb war anfänglich der Inhaftierung beider Staaten nur der Gesichtspunkt maßgebend, aus der der Mandatsbereich und dem während des Kampfes gegen die Türkei so erfolgreichen Propaganda-Schlagwort eines panarabischen Reichs die für Englands Middle-East-Interessen brauchbare Formel herauspräzisieren: unter englischer Führung allmählich zur Unabhängigkeit geleitet Därfallsstaaten. Als deren nächste Bestimmung war die Sicherung des vorderasiatischen Kulturgebietes gegen

die Gefahren der Wüste und die Sicherung des Stappenganges vom Mittelmeer nach dem persischen Golf und weiter nach Indien gedacht. Transjordanien und das Jraf tauchen deshalb nach Ende des Weltkrieges aus einem Chaos von politischen Intrigen auf, und ihre Entstehungsgeschichte ist ein Kapitel Neu-Mittelrussischer Staatskunst ins Englische und Orientalische gespannt. Das Geheim ihrer Geburt, das dem Traum der Araber nach einem Nationalstaat ein so bitteres Ende bereitete, wirkt seitdem verblüffend national in der Politik beider Länder fort. Es ist zur Quelle dauernder Reibungen zwischen England und seinen Schwabedrohten geworden, und in den Versuchen, die aus ihrer Zwitterstellung von selbständigen Gemeinwesen und englischen Vasallenstaaten entstehenden Schwierigkeiten im Sinne Englands zu lösen, erschöpft sich das Bemühen der britischen Staatskunst. Die Tragödie des Verfalls, die Lüsten des britischen Imperiums auf dem Umweg der Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker auszuheben, nimmt von hier aus ihren Anfang.

Dabei wäre das Problem des Aufbaus beider Staaten bei verständnisloser Leitung und ohne eine dauernde Einigung aus politischen und strategischen Gründen leicht lösbar gewesen. Transjordanien wie das Jraf sind dann mit halbjovilisierter Nomaden und Ackerbauern besiedelte Agrarländer, die im Frühstück ihres Erwachens zu einer der Mandatsverwaltung daran herangeführt hätte, die ökonomischen und kulturellen Ansprüche organisch weiterzuweiten, hat sie das Schwerpunkt auf die Schaffung von Kopien eines Staatsapparats nach englischem Muster gelegt. Beide Länder haben ein Parlament, eine Art von Heer und eine Verwaltung nach europäischem Muster unter englischer Kontrolle; aber Justiz, Erziehung und Wirtschaft sind die Stiefelnden dieses Systems geblieben. Es gibt ein politisches Leben, das sich in Tänzerläden erschöpft; die Verküsse, die Länder auf ihre einzige wirtschaftliche Blüte zu bringen, befürchten sich noch einzigt auf unbedeutende und unzusammenhängende Experimente.

Es hat in Transjordanien wie im Jraf lange gedauert, bis die militärische Okkupation durch eine Zivilverwaltung abgelöst worden ist, und auch jetzt noch besteht der Sinn der englischen Verwaltung darin, durch die Besetzung beider Staaten einen Keil in die arabische Welt zu treiben und Arabien von der Verbündung mit Syrien zu trennen.

Emir Abdallah von Transjordanien und König Faisal von Mesopotamien sind Brüder. Sie gehören zur Familie der Hashimiten, deren Vater Hussein Sherif von Mecca und deren Bruder Ali, König von Hedschas durch Ibn Saud unter hilflosender Duldung Englands vertrieben werden sind, als sie verlustige pro-arabische Politik zu machen. Abdallah wie Faisal steht auf sehr schwachen Füßen, denn die nationalsozialistischen Parteien ihrer Länder misstrauen ihnen als britische Werkzeuge, und auf Englands Unterstützung werden sie nur so lange rechnen können, als es seinen Interessen genügt ist. Vorläufig ist die Politik der beiden Herrscher gezwungensermäßigt, und sie benutzen jede Gelegenheit, ihre Vasallenrechte zu bezeugen. Ihre Stellung als Puffer zwischen der nationalsozialistischen Opposition und der Mandatsmacht wird aber immer schwieriger. Das Jraf ist ein Land mit einem Reform an Ministerien. In Transjordanien ist der Druck der Opposition auf Emir Abdallah so stark, daß er sich genötigt sieht, als Sprecher seiner Untertanen nach London zu reisen, um eine Reise des Vertrages mit England nach zu veruchen.

Die Urfächer für die dauernden englisch-irakischen Unstimmigkeiten haben sehr oft geweckt. Augenfällig ist die Wehrfrage der Quell des Misverstehnisses. Der König will ein Heer, um England den Vorwand zu entziehen, die Besetzung des Landes aufrechtzuhalten, aber auch um seine Stellung zu sichern. Die nationalsozialistische Opposition, die im übrigen beider im Lande gleich stark vertretenen Religionsgemeinschaften, Sunnitern und Schiiten, besteht, ist dagegen, obwohl sie die Herrschaft Englands heftig ablehnt. In dieses innerpolitische Ein und Auseinander spielt die arabische Gesetz hinein, denn jedesmal, wenn die inner-politischen Verhältnisse Mesopotamien unangenehm für England zu werden beginnen, erscheinen die Wahabiten vor den Toren. Als Symptom für die allgemeine in der arabischen Frage herrschenden Verwirrung sei bemerkt, daß die im Jraf als Landesfeinde gefürchteten Wahabiten in Transjordanien als die Befreiung vom englischen Joch gelten. Das Tokubawohu wird noch gezeigt durch die Bemerkungen des dritten hashimittischen Bruders Ali, sein Königreich Hedschas von Ibn Saud juristisch eingenommen, sei es durch eine innere Revolution, sei es durch die Unterführung Englands.

Das erwachende Nationalgefühl hat in Mesopotamien ein in der islamischen Welt unerhörtes Novum geschaffen. Die uralt-Erbehaft zwischen Sunnitern und Schiiten hat einer Einheitsfront Platz gemacht, die sich in gemeinsamer Opposition gegen die Krone und gegen England im Parlament und im öffentlichen Leben äußert. Diese Überwindung des religiösen Vorurteils zugunsten der nationalen Freiheitsidee ist um so bemerkenswerter, als sich im Jraf die heiligen Stätten der schiitischen Märtyrer Kerbelä

und Nedschaf befinden, von denen aus Jahrhundertlang der fanatische Huf gegen die Sunnitern gepredigt wurde.

Die Abreihung der herrschenden Landesherrenklasse der aus 200 000 Beduinen bestehenden Bevölkerung Transjordaniens gegen die englische Domänenherrschaft wird gezeigt durch die Furcht, daß eine Industrialisierung des Landes ihr politischen Einfluß und billige Arbeitskräfte rauben wird. Die innerpolitische Entwicklung dieser beiden Randstaaten der arabischen Welt muß daher eine Kette sich dauernd verschärfender Nebelungen werden. Vorläufig werden diese Komplikationen von England durch Kompromisse immer wieder provisorisch besiegt werden können, aber eines Tages wird sich die Entwicklung nicht vermehren lassen, die durch die wachsende wirtschaftliche Bedeutung beider Länder beschleunigt werden wird.

Wenn auch das Interesse Englands an der Kontrolle Transjordanien und des Jraf in erster Linie in ihrem strategischen Wert als Etappe vom Mittelmeer nach Indien und als Pfeil für das Dreieckshaus gegen das geheimnisvolle Arabien liegt, so hat sich ihr Beifall an natürlichen Reichtümern als groß genug erwiesen, um auch das Interess der englischen Kapitals zu wecken. Transjordanien besitzt bei Espal große Phosphatlager, für die erk nor furzum eine englische Gesellschaft das Ausbeutungsrecht erworben hat, und hat außerdem das Münzbestimmungsrecht auf das Tote Meer, durch dessen Entwicklung die endliche chemische Industrie hofft, den Kampf gegen die Konkurrenz Deutschlands und der Vereinigten Staaten erfolgreich aufzunehmen zu können.

Das Jraf ist der älteste Eigentümer der Mosulener Petroleumsfelder, deren dünne Ölbohrerhälften sich erst allmählich und in heftigen Kämpfen zu klären beginnen. England wird seinen ganzen politischen Einfluß daran setzen, sich die Majorität der Anteile zu sichern, um von Mosul her mit Birsfield die Pipeline nach Haifa jezus Mittelmeersloot mit Brennstoff zu speien und sie gleichzeitig durch eine Bohranlage in der gleichen Richtung zu dichten. Daneben in Mesopotamien noch zu einer anderen wichtigen wirtschaftlichen Aufgabe ausserordentlich. Es soll neben dem Sudan das Baumwollproduktionsland des Empire werden, mit dessen Hilfe die englische Textilindustrie das amerikanische Baumwollmonopol zu brechen beabsichtigt. Eine englische Plantagengesellschaft hat soeben mit der Regierung des Jraf einen Vertrag abgeschlossen, der ihr nach langjährigen vergangenen Experimenten die Voraussetzungen für eine positive Arbeit schafft.

Ein Gelingen dieses Versuchs wird sehr bald den Ausbau des einst so berüchtigten mesopotamischen Bewässerungssystems noch sich zeigen, das dem Jraf seine Stellung als eines der fruchtbaren Länder des Orients wiedergeben wird.

In den Grenzen der beiden Länder, die wie offene Schalen zwischen Mittlerem und Fernem Osten liegen, brodeln die Elemente, die diesem Teil der Erde ein neues Gepräge verleihen: Der unbestimmte Vorwärtsdrang der erwachenden arabischen Welt, der erhaltenen Imperialismus Englands, der verbrende der Vereinigten Staaten und der militärische Nationalismus der Türkei, das um seine Freiheit kämpfende Indien, das nach einer Missform zwischen östlicher und westlicher Zivilisation suchende Palästina. Alle werden etwas von ihrem Kraftüberbrug in diesem Kessel ablaufen, der zwischen Mittelasiatischem Meer und Pazifischem Ozean liegt. Daraus wird sich der Grundstock für ein neues Produkt menschlicher Kultur, menschlicher Wirtschaft und der Mischung von Völkern bilden, das dem Mittleren Osten das besondere Gepräge als Bindeglied zwischen östlicher und westlicher Welt geben dürfte.

Karl Loewy, Haifa.

Internationale Hochschulkurse in Davos.

Die internationalen Hochschulkurse in Davos sind im vorliegenden Jahr mit der Absicht gegründet worden, sie die internationale Akademikerforschung eine Grundlage intensiven Gedanken austausches zu finden. Die erste Kursteilreise über Probleme der Soziologie und Nationalökonomie hat bereits im Frühjahr 1928 stattgefunden; die zweite über philosophische und geisteswissenschaftliche Themen ist nach dreimödriger Dauer Anfang April 1929 beendet worden. Seit Bestehen hat der organisierte Ausbau große Fortschritte gemacht und durch die jetzt erfolgte offizielle Beteiligung der Regierungen verschiedener Staaten einen starken Aufschwung bekommen. Deutschland, die Schweiz und Frankreich waren mit einer beträchtlichen Anzahl Dozenten und Studenten, Italien durch einen Rektor der Universität Pisa und Holland durch einen Professor vertreten. Bundesrat Motta hielt für die Schweiz die Begründungsansprache an die internationale Hochscherfchaft. — Die Dauer Kurse sind weder ein wissenschaftlicher Kongress, der eine Marchroute für Forschung und Lehre herauszubilden sucht, noch eine Universität mit kontinuierlichem Betrieb und weitgehend bürokratischem Verwaltungsapparat. Sie sind eine neue Art von Arbeitsgemeinschaft zwischen der Akademikerforschung der einzelnen Nationen, die über die Grenzen eines engen Hochgelehrtenkreises nach Möglichkeiten lebendiger Auseinandersetzung drängt. Mit den bestreben-

den Hochschulen kann Davos seinem Wesen nach gar nicht in Wettbewerb treten, will sie vielmehr durch Anregungen ergänzen und unterstützen, die gerade aus persönlicher Erfahrungnahme in freier und unkonventioneller Umgebung entstehen. Große organisatorische Beweglichkeit und veränderliche Zusammenlegung von Dozentenschaft und Studentenschaft nach den jeweiligen Erfordernissen sind die Merkmale der Kurie. Ihre Aufgabe ist fruchtbare Diskussion aller zentralen und zugleich in wissenschaftlichem Sinne aktuellen Fragen, die sich von der Flachheit sogenannter Popularisierung freihält. Damit haben in engem Zusammenhang ein zwangloser Ton der Aussprache zwischen Dozenten und Studierenden und die Erziehung zu einer geistig-politischen Haltung, die durch das Dilettantismus, jammervollen Phrasen und erstaunten Dogmen den Weg zur Problematik unserer Zeit freimachen hilft. So ist das Ziel der geistigen Ausbildung des Bodens für eine internationale Verdienstförderung gegeben. Das bedeutet Anerkennung der Eigengesetzlichkeit der nationalen Gewalte, aber auch der wechselseitigen Bedingtheit der nationalen Kulturen und Wirtschaften gerade in der Gegenwart. Jegliche kulturpropagandistischen Tendenzen, die nur Misstrauen erwecken, sind ausgeschaltet. — Die Davoser Hochschulkultur kann also alles in allem ein Experiment, aber eines der lebenswichtigsten, die unternommen werden müssen. Der bisherige Verlauf hat seine Notwendigkeit erwiesen. G. S.

Ausklärungsaktion über höhere Berufe.

Zu Ende des Schuljahres pflegt die Tagesspreche mit Mittelungen rechtlich versehen zu werden, zu welchen Berufen ein Zugang nicht erwünscht ist. Es ist kein Wunder, daß bei den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen und der großen Arbeitslosigkeit kaum ein Beruf hierbei außer acht gelassen wird. So seden dann die Ratsschulden erst recht mehr oder weniger verzweifelt vor der Frage: was tun?*

Es ist richtig, daß heute und in der Zukunft nur der Qualitätssarbeiter, sei es Hand- oder Kopfarbeit, gute Aussichten hat, sich im Lebens- oder Berufskampf durchzusetzen. Darum sollte jeder nicht nur jetzt zum Ende des Schuljahrs, sondern auch schon vorher sich fragen, welche besonderen Fähigkeiten und Begabungen der Sohn oder die Tochter besitzt; und auf der anderen Seite auch, für welchen Beruf diese Gaben gerade notwendig sind. Die richtige Verbindung von vorhandenen Anlagen mit Anforderungen der einzelnen Berufe ist die zweckmäßige Lösung jeder beruflichen Entscheidung. Dass dabei die vorliegenden wirtschaftlichen und andere Umstände mitsverantwortigt werden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Es gibt nun eine staatliche Organisation des Berufsberatung, die sich an die Arbeitsämter, die Landesarbeitsämter und Reichsarbeitsamt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung anlehnt. Daneben bestehen Auskunftsstellen an vielen Universitäten (Berlin, Köln, Leipzig, Tübingen, Halle, Bonn usw.). An vielen höheren Lehranstalten und anderen Schulen sind sogenannte Vertrauenslehrer für Berufsberatung vorhanden. Endlich stehen die Geschäftsstellen der Berufsverbände und die Angehörigen der einzelnen Berufe zur Auskunftsberatung überall bereit. Trotz allerdem hören die Klagen über unzureichende Ausklärung nicht auf. Das hängt eben damit zusammen, daß die Frage der Berufswahl nicht immer frühzeitig genug in ihrer vollen Bedeutung erkannt wird. Es ist notwendig, daß in den Schulen schon rechtzeitig das Augenmerk der Schüler und Eltern auf diese wichtige Frage gelenkt wird. Denn die Entscheidung über den zukünftigen Beruf, das vergessen wir zu leicht, fällt in der Schule. Also muß die Schule noch mehr als seither zu einer Betätigung auf diesen Gebieten gebracht werden.

Das sind im wesentlichen die Gründe gewesen, welche die Deutsche Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker (Berlin W 62, Kurfürstendamm, 105) bereits vor einiger Zeit dazu veranlaßt hat, ihre sämtlichen sogenannten „Merkblätter für Berufsberatung“ an alle Höheren Lehranstalten, an alle Hochschulen und alle Schulbehörden (Kreis- und Stadtschulräte, Schulabteilungen der Regierungen, Kultusministerien) kostenlos in je einem Exemplar abzugeben, damit die Schulen und Schulbehörden sich intensiver mit diesen Fragen beschäftigen möchten.

Diese Merkblätter für Berufsberatung sind einheitlich gegliederte, etwa 8 bis 16 Drucksachen umfassende Hefte, in denen unter den jeweiligen Geschäftspunkten jeder Beruf, und zwar von einem führenden Berufsvertreter dargestellt ist: 1. Geographie des Berufes, 2. Voraussetzungen für die Wahl des Berufes, 3. Ausbildung, 4. Wirtschaftliches, 5. Berufsorganisationen, 6. Zeitschriften und Literatur, 7. Auskunft und Stellervermittlung. Es sind jetzt 85 solcher Einzeldarstellungen vorhanden, die folgende Hauptgebiete bedeckten: A. Theologie, B. Unterrichtswesen, C. Medizin, D. Rechts- und Staatswissenschaft, E. Land- und Forstwirtschaft, F. Technik und Naturwissenschaften, G. Frauenerwerb, H. Heer, Marine, Polizei, I. Werberufe, K. Auswanderung. Die Hefte der Einzeldarstellungen erkennt man aus der Tatsache, daß 25 bzw.

24 Einzelmerkblätter der technisch-naturwissenschaftlichen und juristisch-wirtschaftlichen Hauptgruppe vorhanden sind. Bemerkenswert ist die Berücksichtigung verschiedener Berufe handwerklicher Art: Der Handwerker, der industrielle Facharbeiter, der Werkmeister, der technisch Angelehrte mit Fachschulbildung. Es kommt den Herausgebern also darauf an, gegenüber den geistigen Berufen auch die handwerklichen herauszuheben und damit objektivere Voraussetzungen für eine zweckmäßige Berufswahl zu schaffen. Obendrein haben ja eine einfache Lehrlingsberufe für den nächsten Jahren ganz gute wirtschaftliche Möglichkeiten, was von den akademischen nicht in dem Maße gesagt werden kann.

Der Wert dieser Merkblätter (zum Einzelpreis von 50 Pf. von der F. C. Trowitzsch & Sohn, Berlin SW 45, beziehbar, von dort auch Verschickung) besteht darin, daß Schüler und Lehrer sich durch diese Darstellungen ein lebendiges Bild von den einzelnen Berufen machen und alsdann prüfen können, ob der betreffende Beruf überhaupt in nähere Wahl gezogen werden soll. Ist dies der Fall, so geben die angegebenen Auskunftsstellen bzw. die herauszuhaltenden Zeitschriften und andere Buchliteratur die Möglichkeit, sich noch genauer zu unterrichten.

Wenn man sich vorstellt, daß im Unterricht öfters die Berufswahlen auch während des Jahres berücksichtigt, und hin und wieder vor den Schülern und den Eltern Vorträge aus Einzelberufsbereichen stattfinden würden, so könnte ohnehin eine intensivere Berücksichtigung mit diesen Fragen erreicht werden. Wie könnten alsdann die Zukunft eine bessere Lösung dieser Fragen erhoffen, als es seither der Fall war. Solche Ausklärungsaktionen wie die vorliegende, bei denen an 3500 Schulen und Stellen rund 500 000 dieser Hefte abgesetzt werden finden, werden somit für die Schaffung solcher Anregungen zu begünstigen sein. Jeder Ratsschulende wird gut daran tun, solch einfache Ausklärungsmittel und auch den Rat der bestehenden Beratungsstellen in Anspruck zu nehmen, als vielleicht später beruflich Schiffbruch zu erleiden.

Reg.-Rat Dr. J. Diel, Berlin.

Deutsche Kunst im Ausland.

Eine interessante Erweiterung ihres Tätigkeitsgebietes hat die „Deutsche Kunstsiedlung“ sich „auf die Auslandsausstellung“ Berlin C 2 — über deren Verbreitung im Dezemberheft berichtet wurde — vor kurzem vorgenommen. Erstreckt sich ihr Arbeitsgebiet bis jetzt über ganz Deutschland — die Ausstellungen in Magdeburg, Breslau, Salzburg, Hamburg, Danzig, eben dafür Zeugnis —, so hat sie nun erstmals den Weg ins Ausland gefunden. Diese erfreuliche Vergrößerung der Aktionskraft der Kunstsiedlung erfüllt mit Begeisterung, denn ihre Stellung im deutschen Kunstleben erfordert organisch solche repräsentativen Aufgaben, zu deren Ausführung sie wie kaum eine andere künstlerische Vereinigung berufen ist. Der erste Schritt in die Ferne hat auch gleich einen Ausmaß, das nächstliegende Fahrten in aufgabendeutsche Gebiete für die Zukunft fast leicht erscheinen läßt. Nach Holländisch-Indien geht die — mit fairerer Unter-



Bernhard Klein

„Kunstliche Fischerboote“



Prof. Otto Häßler

Mann und Frau

würdigen Amtes zusammengestellt — erste Auslandsausstellung der Gemeinschaft, die einen ungefährten Querschnitt durch das gegenwärtige Schaffen in der deutschen bildenden Kunst gibt.

Die etwa 100 Arbeiten umfassende Schau wird vorwiegendlich in den Städten Batavia, Soerabaja, Djocacarta, Semarang, Bandung, Medan (Sumatra) und in Abelang gezeigt. Das Wissenschaftliche aber: alle Gemälde und Plastiken sind verständlich, ja, es wird erhofft, daß möglichst wenige die Heimreise angreifen werden. Die Künstlergemeinschaft verfolgt damit nur ihre bekannte, eigene Absicht — die wirtschaftliche Grundlage der Künstlerschaft stcherzustellen.

Prof. Max Beckstein

„Blumenstrauß“

Erwin Frehe.

Klara Schanz.

(16. Mai.)

In dem Gedichtenband „Besonnte Strecke“, mit dem sie 1928 zum Denkmal Zeugnis von sich gegeben hat, ist ein Bild von ihr. Die Dichterin sieht am Schreibtisch und hält ein Blatt Papier in den Fingern. Sie selber ist etwas spitz in dem charaktervoll profilierten Gesicht mit dem zurückgestrichenen Haar und wie Bildhauerarbeit gemalten Ohn. Eine Veteranin, die nicht allzuflüssig

mit der Schriftstellerin anfing und ihre letzten Jahre in fleißiger Redaktionsarbeit verbracht. Ja, wie eine fluge Redakteurin sieht sie auf dem Bild aus. Aber sie hat um die Jahrhundertwende und auch später hübsche Gedichte geschrieben, manche Weisheit in guten Sprüchen gesammelt, Balladen dazu und Legenden — zart, bezaubernd, ein wenig hell wie vielleicht — die das Entzücken wurden von jungen Mädchen und Kindern, denen ihre Märchen über alles in der Welt gefielen.

Sie war eine ante-Jugendschriftstellerin, hatte das Herz auf dem rechten Fleck, war unkompliziert wie Ganghofer und liebte die Einfalt und die die biedere deutsche Art. So daß sie nicht eingegriffen in das Räderwerk der Zeit, aber sie bat den Wagen auch nicht zurückgestellt, und das ist Verdienst genug für eine Frau, in einer Zeit wo viele den Kopf verloren. Und zudem ist die gute alte Zeit auch etwas wertfreilich, sie begibt ihren 70. Geburtstag halb vergessen (16. Mai 1859 zu Dresden geboren). Die Jugend, die ihre Bücher las, ist jetzt auch alt geworden. „Huberta Sollacher“, ihr repräsentatives Buch, das mehrere Auflagen erreicht. Seltsame Zeit, wo die Alten jung sein konnten mit den Jungen und die Jungen alt mit den Alten. Eine Waldgeschichte, die allgemein gefiel. Seither hat Knut Hamsun des „Leben Kapitel“ geschrieben, und seither ist auch der Wald nicht mehr so harmlos.

Dr. Paul Herzog.

Blick in die Bücher

Dr. Adolf Grabowsky: Staat und Raum, Grundlagen räumlichen Denkens in der Weltpolitik, mit zwei schematischen Übersichten; Zentral-Verlag G. m. b. H., Berlin W 35; Band 1 der Weltpolitischen Bücherei; herausgegeben vom Verfasser; 107 Seiten; Preis 3 RM.

Der Verfasser gibt eine kurze Einführung in die Wichtungen der Weltpolitischen Bücherei, die der Verbreitung und Vertiefung staatlichen und raumstaatlichen Denkens dienen soll. Das erste Bandchen der Sammlung beschäftigt sich mit den inneren Beziehungen zwischen Raum und Staat oder kurz mit der Geopolitik. Die Wissenschaft von der Geopolitik ist nicht alt. Sie läßt sich aus jenen rationalistischen Bewegungen am Ausgang des Mittelalters herleiten, die die Renaissance, Reformation und den Humanismus geprägt haben. Das Geistertor Herders wandte sich mit besonderer Anteilnahme ethno- und anthropologischen Untersuchungen zu, suchte in dem Studium des Völkerstoffs eine neue Einheit für die verlorene Einheit der gläubigen Weltanschauung. Das 19. Jahrhundert ist diesen Fragen noch näher gekommen. Friedrich Ratzel war es, der den Weg zur Statatengeographie geebnet hat. Der Staat als Raumgeseit ist natürlich noch ein höchst unvollkommener Begriff. Erst gewellt sich als städtischer und nationaler Inhalt der Staat als Ausdruck des Volkstums. Raum und Volkstum können nicht voneinander getrennt werden. Hier liegen die fruchtbaren Anlässe für eine geopolitische Wissenschaft. Gewiß ist Politik nicht allein der Ausdruck völkertypologischen Wirkens. Aber sowohl Volksgemeinschaften auf Staatenbildung abzielen, vollzieht sie sich nur in Rahmen geographischer und ethnographischer Bedingungen. Raum und Zeit werden zu Schriftsätzen eines Volkes. Es ist nur billig, daß wir uns heute mit größerem Interesse als bisher der Betrachtung solcher Lebensorge zuwenden, die schließlich für jedes Volk zu schriftsätzlicher Bedeutung werden. Grabowsky, der selber vom Humanismus herkommt, sieht die höchste Renaissance für ein Volkstum darin, wenn es verlorenes Raumgefühl wieder gewinnt. Wer sich mit den Grundlagen geopolitischen Denkens und damit auch der ganzen Sammlung der Weltpolitischen Bücherei vertraut machen will, dem sei die Lektüre gerade dieser Schrift auf das angelegentlichste empfohlen.

Ostreich. Von Dr. Randolph Rungaldier a. d. Hochschule für Welthandel in Wien; Zentral-Verlag, G. m. b. H., Berlin W 35; Band 4 der Weltpolitischen Bücherei, herausgegeben von Dr. Adolf Grabowsky; 50 Seiten mit neun Karten; Preis 1,80 RM.

Ein überaus anschauliches Bildchen über Deutsch-Ostreiches Lage, Grenzen, Volkstum, soziale Gliederung, Wirtschaft und Verkehr. Wir erfahren, daß seine Gestalt einer gehaltenen Faust gleicht, mit dem Zeigefinger nach jenem Staat gerichtet, „der in erster Linie für die deutsch-österreichische Münzgesellschaft verantwortlich ist“. Nur die Tschechoslowakei übertrifft das neue Österreich an Wunderlichkeit des Staatsraums, mit dem einen Österreich freilich, daß jene Form gewollt, während für den Österreichern aufgedrängt wurde. Kein Buch über Österreich und die Österreicher kann an der Klage über Vorbergelegen, die immer und immer wieder im ganzen Lande über das Gedächtnis von St. Germain angeläufigt wird. Sie ist nicht der Nährboden feindseliger Stimmung, sondern nur der hochsichtige Ausdruck eines erlittemen Unrechts, das je eher despektierter wieder gut gemacht wird. Österreich ist nicht aus der Willensbildung der Völker ausgeschlossen. Es besitzt Anteil und Erbgut genug, um an der Lösung der mittelosteuropäischen Politik mitzuwirken. Seine heutige Form ist nicht lästig. Sie ist nur ein Dokument der Unterbildung. Wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell gehört es zu Deutschland. An dieser Forderung wird es festhalten. Rungaldiers anzuhendendes Buch verstärkt unsere Hoffnung, daß der Zeitpunkt dieses Zusammenschlusses nicht mehr allzufern ist.

Politische Grenzen. Mit 11 Abbildungen; von Dr. Otto Maull, a. o. Professor der Geographie an der Universität Frankfurt a. M.; Zentral-Verlag G. m. b. H.; Band 3 der Weltpolitischen Bücherei; herausgegeben von Dr. A. Grabowsky; 103 Seiten; Preis 5 RM.

Der Verfasser geht von einer ethnologischen Betrachtung aus. Das Wort „Grenze“ kommt auf dem Slawischen. Bis ins 15. Jahrhundert wurde an seiner Statt im Deutschen das Wort „Mark“ gebraucht, das jenseit wie Grenzraum bedeutet. Mit der

Erfüllung dieses Wortes durch das ausländische „Grenze“ vollzog sich auch ein Begriffswandel, der Hand in Hand geht mit der Entwicklung der modernen Staaten. Aus dem geometrisch unbestimmten, geistiger kaum ausdehbaren Grenzbegriff wird die lineare Festlegung, die Grenzlinie. Die Idee der Grenze kann nach dem Derschaffer nichts anderes sein als der Gedanke, Gleiches oder miteinander harmonisierendes mit einer Grenze zu umschließen. Er stellt in weiterem Verlauf seiner wissenschaftlich exakten Ausführungen, die sich an den Begriffen der Logik orientieren, strenge Anforderungen an das Denkenmodus des Lesers, so wenn er auf den Begriff der Determination in der Grenzwahl zu sprechen kommt, die er als nicht gegeben erachtet. Auf ein gemeinverständliches Gebiet begeben, wie uns in der Unterscheidung zwischen den Strukturgenen der Natur und der Kultur Landkraft. Die meisten Grenzziehungen werden auf einen Kompromiss hinauslaufen, da ja alle Faktoren der Grenzwahl berücksichtigt werden können. Der Derschaffer verlangt aber, daß wenigstens objektive wissenschaftliche Erkenntnis nicht außer Acht gelassen wird. Dass dann die Grenzen, in denen wir heute leben, anders aussehen und der Vernunft mehr entsprechen würden, ist die logische Folgerung aus der Lektüre dieses lehrreichen Buches.

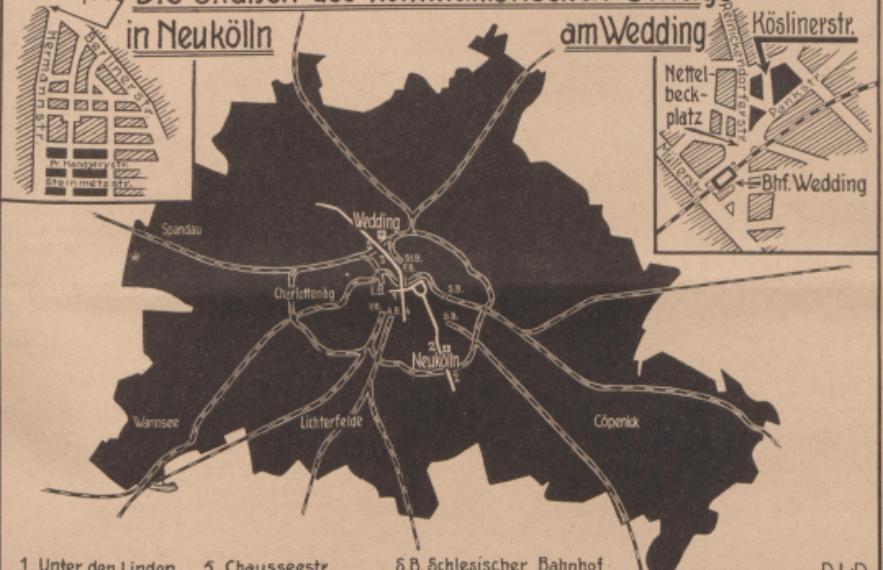
Ernst Schenck, Dr. a. o. Prof. a. d. Universität Leipzig; Deutscherlands Wirtschaftsprovinzen und Wirtschaftsbezirke; Zentral-Verlag G. m. b. H., Berlin W. 55; Band 2 der Weltpolitischen Büchertafel, herausgegeben von Dr. A. Grabowsky; 74 Seiten, mit 20 Karten; Preis 2,40 RM.

Ausgangspunkt dieser sehr interessanten Untersuchung ist der geographische Raum und seine wirtschaftliche Struktur. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte läßt die Bedeutung ländlerpolitischer Abgrenzung wesentlich zurücktreten hinter der Zusammenfassung

von größeren und kleineren Gebietsteilen zu wirtschaftspolitischen Bezirken und Provinzen. Diesen wirtschaftlichen Provinzen kommt eine ökonomische Machtstellung zu, wie sie in ihrer militärischen und nach rein dynastischen Gesichtspunkten abgesetzten Regionalität den Ländern nicht zugeskommen ist. Der Derschaffer teilt das deutsche Reichsgebiet in neun solcher Wirtschaftsprovinzen ein: in die baltische mit Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg; märkische mit Berlin und der Mark; sächsischer mit Ober- und Niedersachsen; mitteldeutsche; in die nordwestdeutsche mit Niedersachsen, Hamburg, Bremen, Südbro. und Schleswig-Holstein; niederdeutsch-westfälische; mittelhessische mit dem unteren Main; südwürttembergische mit Baden und Württemberg, und endlich in die bayerische Wirtschaftsprovinz mit dem gesamten bayerischen Gebiet rechts des Rheins. Die Pfalz würde demnach dem südwürttembergischen Wirtschaftsgebiet angegliedert sein. Wie sich der Derschaffer die verfassungsmäßige Stellung dieser Wirtschaftsprovinzen denkt, kann man aus einem Beispiel ersehen, das er aus der französischen Geschichte anführt. Auch dort wurde die alte Departementsenteilung zugunsten einer wirtschaftsregionalen Regelung aufgegeben. Diese Wirtschaftsgebiete wurde eigenes Budgetrecht und die in ihrem Rahmen fallenden besonderen Aufgaben zugewiesen. Schenck glaubt, daß sich die länderpolitische Regelung daraus von selbst ergeben wird. Vor allem hätte eine solche Regelung den Vorteil, daß die nachfolgende verwaltungstechnische Neuordnung nicht zusammengehörende Wirtschaftsgebiete auseinanderfallen und durchzogenen könnte. In der Schaffung solcher Wirtschaftsbezirke und -provinzen sieht er eine wichtige Etappe auf dem Wege zu einem rationalen dezentralisierten Deutschland. Die Gedankengänge Schenks eröffnen fruchtbare Wege zu einer neuen wirtschaftlichen Durchdringung des gesamten deutschen Landes. Bei der Diskussion über eine Neugliederung des Reiches werden seine Gesichtspunkte von Bedeutung sein.

Straßenlärm in Berlin. Von den bedauernlichen Vorgängen, die während der ersten Monate die Berliner Polizei zu energischem Eingreifen gewungen haben sind, besonders außerhalb der Reichshauptstadt umgelenkt überlebtene, teils völlig verzerrte Berstellungen im Innern. Um diese Abweichungen auf das richtige Maß zurückzuführen, dürfte es zweckmäßig sein, daß die ursprüngliche Stadt von dem Witzwurz und dem Löwen, die sich in jenen Gassen ausstatten, nicht das Geringste verdeckt hat und erst durch die Zeitungen erhellt, daß dort die fiktive Ordnung durchbrochen worden war.

Hermannplatz Die Straßen des kommunistischen Unfugs in Neukölln



- 1 Unter den Linden
- 2 Hermannstr.
- 3 Chausseestr.
- 4 Friedrichstr.

- 5 Chausseestr.
- L.B. Lehrter Bahnhof
- A.B. Anhalter "
- P.B. Potsdamer "

- S.B. Schlesischer Bahnhof
- G.B. Görlitzer "
- St. Stettiner "
- F.B. Friedrichstr. "

D.L.D.

Gegend des kommunistischen Unfugs

Geschäftliche Mitteilungen.

Erlebte schöner Stunden in der Erinnerung festzuhalten, ist wohl der Wunsch eines jeden Menschen. Die beste Möglichkeit hierzu sind wohlgelungene Fotografien. Meier Freunde und viele! schönes Fotohersteller bereitet es doch später, wenn man sich die während einer Reise, beim Sport oder anderen Gelegenheiten selbst aufgenommenen Fotografien betrachten kann. Darum hoffte sich ein jeder einen guten preiswerten Foto-Aparat an. Die Firma Abco G. m. b. H., Berlin SW 68, Kochstraße 73, bietet Ihnen nun die günstige Gelegenheit, sich ohne viel Geld auszugeben, eine gute Fotoapparatur zu kaufen, verlangt jedoch nur eine Zahlung von 1,55,- monatlich an. Sie kann darüber hinaus Sie sich umgehend einen Fotoapparaturkatalog herunterholen und unverzüglich an Hand dieses Kataloges zum Kauf eines Foto-Aparates bei der Firma Abco G. m. b. H. freireiten. Günstig für Sie ist noch, daß dort gleichzeitig sämtliche Amateurarbeiten und solitären fachmännische Beratung in allen vor kommenden Fällen vorgenommen wird.

Jedes Buch durch die DEUTSCHE BEAMTEN-BUCHHANDLUNG

Wichtige Bücher zur Anschlußfrage

Dr. H. von Paller Der Großdeutsche Gedanke

Preis 6 RM, zusätzliche Zustellgebühr von 40 Pf.

„Berliner Börsen-Courier“ 1929 Nr. 2 meint:
„Gründlich hat der junge Grazer Historiker in klärf. klar gegliederten Kapiteln die Entwicklung und Entwicklungsweg des grundlegenden Gedankens behandelt. Die Schrift wird also diesen, der die Anschlußfrage sympathisch gegenüberstehen, ein historischer Führer werden. Durchher hinaus setzt sie aber auch alles dessen empfohlen, die sich in die wechselvollen Schicksale des um Einheit und Freiheit ringenden deutschen Volkes einsetzen und verteidigen wollen.“

„Das Buch füllt eine Lücke aus, indem es ein geschichtliches Gedächtnis von dem bisher unberücksichtigten gebliebenen Standpunkt nationaler Einstellungsbetrachtung und auch die Ideen der verschiedenen Epochen hervorhebt.“

„Dr. von Paller gibt mehr als einen historischen Überblick . . . Er bleibt nicht bei den politischen Daten stehen, sondern dringt tiefer ein in die Geschichte des deutschen Geistes. In ihrem klaren und einfühlsamen Deutsch, ihrer übersichtlichen Anordnung ist sie wie geschaffen, dass Auseinandersetzung neue Freunde zu suchen und im Sinne des Deutschtums zu wirken.“

S o e b e n e r s c h i e n

Dr. Herbert Kiesches Die Großdeutsche Wirtschaftseinheit

Geschichte und Gegenwartsproblem

der Österreichisch-deutschen Wirtschaftsvereinigung

Mit 35 Kartenbildern und Diagrammen / Preis gebunden 5,50 RM.

Was Dr. H. von Paller für die ideengeschichtliche und staatspolitische Seite des großdeutschen Problems getan hat, findet hier eine Ergänzung vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt.

In klärf. großgelegten Kapiteln gibt Dr. Herbert Kiesches zunächst eine eingehende Darstellung der Kämpfe um die großdeutsche Wirtschaftseinheit im 19. Jahrhundert, das weitere der südostdeutsche Wirtschaft im alten Österreich . . . Dann geht er auf die österreichisch-deutsche Wirtschaftsvereinigung und Bündnispolitik 1868–1914 ein und behandelt das wirtschaftliche und politische Schicksal Österreichs nach dem Zusammenschluß. Endlich — in einem großgelegten Schlusskapitel bietet der Verfasser eine glänzende Darstellung der großdeutschen Wirtschaftseinheit, gipfeln in den Worten, daß in der Wirtschaftseinheit „die Zukunft des Deutschen Reichs liegt, in dem ein wachsendes Volkes mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten auf das engste und bestre verbindet und sie selbst sich in das europäische und Weltbild organisch und zweckmäßig einfügt.“

35 ausgesuchte „expressionistische“ Kartenbilder und originelle Diagramme vereinen in einem und zuverlässiger Kürze, eine Vermischung des oft spröden Zahlenmaterial.

P r o s p e k t e a n f o r d e r n

Historischer Politischen Verlag (Rudolf Hoffstetter)
Leipzig C 1 / Hoepfelstraße 10 / Postleitziffer 290



Wasserschlüsse

und Zubehörteile
kaufen Sie in
erprobten
Qualitäten bei

Engl & Wolff

Berlin N4, Gartenstraße 100

Norden D 1, 341 und 12185

Verlangen Sie kostenlose Einsendung
der Preisliste H

Wunderlicher Erholungsaufenthalt

Mörla-Rudolstadt

Solbad

Gundersheim/Harz

in schöner Lage. Zimmer mit
1 oder 2 Betten pro Woche
RM. 9,50 mit Morgengeiste
Waldfrieden 1, Telefon: Rudolstadt 118.

Frau Marg. Nienstedt

Bad Schwarzbürg (Thür. Wald)

die Perle Thüringens

Hotel: Schwarzbürger Hof

Allbekanntes Haus I. Ranges im Zentrum des Kurortes
Herrliche Lage / Freundschaft, gut eingerichtete Zimmer
Reichliche, beste Pension / Eigene Forellenscheere

Während der Saison KONZERTE

Anfragen erbittet

N. Luckas, Hotelier

WELTPOLITISCHE BÜCHEREI

Herausgegeben von Dr. Adolf Grabowsky

Die „Kölnerische Zeitung“ schreibt: Von Dr. Adolf Grabowsky herausgegeben, erscheint unter diesem Titel eine neu Büchersammlung, deren Ziel es ist, in scharf umrissten kurzen Darstellungen von anerkannten Fachleuten wissenschaftliche Kenntnisse und Erkenntnisse in allgemeinverständlicher Form weiterzutragen. Es handelt sich um eine Sammlung von Artikeln von geschichtlichen, geographischen, geologischen, physikalischen, technischen, historischen, geographischen, Volkswirtschaftlicher, Soziologen u. a. die verschiedensten Gebiete und Probleme, dabei im Elaklang mit der Absicht der Sammlung nur das Wesentliche und im großen Linien die Grundzüge des Stoffes herauszuladen, die zum Verständnis und zur Zusammenfassung und die wichtigsten Werke der Wissenschaften. Die Büchersammlung ist so abgestimmt, gießt eine grundlegende und länderkundliche. Von der ersten grundlegenden Abteilung, die die führenden Fragen der Weltpolitik behandelt, beginnen die ersten 10 Bändchen vor:

- Band 1: Adolf Grabowsky, „Staat und Raum“, 112 Seiten mit 5 Tafeln . . . Preis M. 3.—
- Band 2: Erwin Schenck, „Deutschlands Wirtschaftsprovinzen und Wirtschaftsbezirke“, 88 S. mit 20 K. . . Preis M. 2.40
- Band 3: Otto Maull, „Politische Grenzen“, 104 Seiten . . . Preis M. 3.—
- Band 4: Randolph Gossaidier, „Österreich“, 52 Seiten mit 9 Karten . . . Preis M. 1.80
- Band 5: Albrecht Burchard, „Staat und Klasse“, 80 Seiten mit 10 Karten . . . Preis M. 2.40
- Band 6: Max Eckert, „Das tropische Afrika“, 80 Seiten mit 10 Zeichnungen . . . Preis M. 2.40
- Band 7: Walter Pahl, „Der Kampf um die Rohstoffe“, 80 Seiten mit 16 Zeichnungen . . . Preis M. 2.40
- Band 8: Fritz Machatschek, „Die Tschecchoslowakei“, 80 Seiten mit 10 Karten . . . Preis M. 2.40
- Band 9: Max Eckert, „Meer- und Weltwirtschaft“, 80 Seiten mit 19 Karten . . . Preis M. 2.40
- Band 10: Joseph März, „Landmacht und Seemacht“, 64 Seiten mit 16 Zeichnungen . . . Preis M. 2.40

Gesamtpreis der Reihe M. 24,40 in geschmackvoller

Kassette.

- Neue Bande der zweiten Serie:
- Band 11: Paul Herre, „Spanien und Portugal“, 88 Seiten . . . Preis M. 3.—
- Band 12: Walter Vogel, „Die Entstehung des modernen Amerikas“, 80 Seiten . . . Preis M. 3.60
- Band 13: Rich. Uhlendorff, „Völkerporfion“ erscheint im Juni 1929, Umfang 70 Seiten . . . Preis M. 2.40
- Band 14: v. Glasenapp, „Indien“ ersch. im Juni 1929 Umfang 20 Seiten . . . Preis M. 3.—

Prospekte kostenlos!

ZENTRAL - VERLAG G. m. b. H., BERLIN W 35

Feldberg

(Meckl.)

Meckl.-Sielitzsche Schweiz
Berlin Stett. Bbf.—Neustrelitz—Feldberg
Die Perle im Lande der Seen und Wälder.
Auskunft Verkehrsverein.

Bad Hersfeld (Bezirk Kassel)

Eduardbrunnen

heilwirksam wie Karlsbad bei
Magen-, Darm-, Leber-, Gallen- und Stoffwechsel-
erkrankungen (Zekterkrankheit, Gicht, Fettleibigkeit)
Wasserversand d. d. Lullusbrunnen-Gesellschaft m.b.H.
Kurzeit Mai bis September

Bad Blankenburg (Thüringen)

Kurhaus Chrysopras—Löscheshall
direkt im herrlichen Schwarzatal gelegen,
Erstes Haus am Platze. Erstklass. Pension ab M. 7.—. Eigene Jagd und Forellenscherferei,
Garagen. Telefon 303

Steinach

am Brenner

(Tirol) 1050 m.

Schnellzug-Station 4½/5, v. München
Herrlicher Frühlings- und Sommer-
aufenthalt mit viel Höhensonnen,

keine rauhe Winde, Schwimmbad, prachtvolle
Waldspaziergänge in nächster Nähe, Ausgangs-
punkt für die schönen Spaziergänge durch den
Stubaier Alpen sehr gern. Unterkunft und
Verpflegung bei vollem Pensionspreis in der
Vorsaison Schill, 8 bis 12.—, Hauptaison

Schill, 9 bis 14.—.

Auskünfte und Anfragen durch den Verkehrs-
verein, die einzelnen Häuser und durch Scherfes
Reisebüro

Hotel Steinbock

Hotel Steinacher Hof

Gasthof zur Post

„ zum „Wildenmann“

„ zum „Weißen Rößl“

„ zur Rose

„ zum Kramer

Tiroler Haus (Privat).

GROSSER GEWINN!

durch den günstigen Einkauf seiner neuen weißen
Mehlsackstoffe, die Qualität

39

100 cm breit, Ausnahmepreis

100 cm breit, Ausnahmepreis

80 cm breit nur 29 Pf. pro ½ Mtr.

130 cm breit nur 49 Pf. pro ½ Mtr.

140 cm breit nur 59 Pf. pro ½ Mtr.

160 cm breit nur 72 Pf. pro ½ Mtr.

ein jedem fortlaufenden Stück, vorzüglich geeignet für alle

L- und T-förmige Haushalte, Zuggardinen, Laken usw.

Mein Schlafsaal Bettdecken fertig genäht, 210 cm lang,

130 cm breit, aus weißem Stoff, 2,40 pro Stück.

Ohne Zwischenhandel, direkt an Private. Abgabe nicht

unter 15 Meter, von 30 Meter an post.-bahnfrei unter

Nachnahme. Viele Anerkennungen und Nachbestellungen!

Wer klingt ist, kann sofort!

Exportwaren „Hansa“ Paul Harries, Bremen C 2

Vorster überall gesucht!

Am Deck 52.

Der Heimatdienst

Ostseebad Bansin

Töchterholzungsholz „Waldesruh“
Herrl. Besitz gr. Park, Wald, Seemühle, für erholungs-
bedürftige 15—19 jährige junge Mädchen;
Haushalt, Kochen sowie Fürsorge von allgemeiner
Bildung; Fürsorge, Dienst. Dassilie eine möblierte
3-Zimmer-Wohnung mit Soeblick, Küche und Bad,
1. Etage, für den ganzen Sommer zu vermieten.

